Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

40 (16.2.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453454

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 12.50 Mark, dazu 1.50 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 13.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34.50 Mark, monatlich 11.50 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 60 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 90 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.20 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 4.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Donnerstag, 16. Februar 1922 * Nr. 40 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr 1265.

Sieg der Regierungsparteien.

Das Vertrauensvotum angenommen. – 220 gegen 185 Stimmen. – Die Regierung Wirth bleibt. – Die Situation geklärt!

Ueber das Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Reichstage erhalten wir durch unseren Berliner Vertreter einen parlamentarischen Bericht, den wir auf der nächsten Seite bringen. Das Resultat der Abstimmung gestaltete sich folgendermaßen: Es wurden insgesamt 421 Stimmen abgegeben, von denen 220 auf ja und 185 auf nein lauteten. 16 Zettel waren weiß.

Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien vereinigt also eine Mehrheit auf sich, auf die im Reichstag niemand gerechnet hat. Die Ueberraschung wurde von den Regierungsparteien mit Händeklatschen aufgenommen. Die 220 Stimmen für das Vertrauensvotum setzen sich wie folgt zusammen: 107 Sozialdemokraten, 38 Demokraten, 67 Zentrum, 4 Bayerische Bauernbündler, 2 Bayerische Volkspartei und 2 Welfen.

Nach wenigen Minuten verkündete Löbe das Ergebnis. Einige Sekunden atemlose Stille. Dann löste sich die Spannung in brausenden Beifallsrufen der Regierungsparteien und auf den überfüllten Tribünen setzte ein minutenlanger Beifallssturm mit Händeklatschen ein.

In großer Bewegung verließen die Abgeordneten den Saal. Den an sich wichtigen sachlichen Beratungen über das Reichsmietengesetz schenkte niemand mehr Gehör. Das Haus vertagte sich auf Donnerstag. In der Wandelhalle war noch gegen Abend reges politisches Getriebe. Abgeordnete, Minister, Journalisten erörterten die Lage.

Die sozialdemokratische Fraktion trat sofort nach der Abstimmung zu einer Sitzung zusammen, um sich über diesen wichtigen Tag und seine nächsten Folgen Rechenschaft zu geben.

Die Ausführungen Hermann Müllers hatten folgenden Wortlaut: Meine Fraktion hatte eigentlich nicht die Absicht, sich an diesem Redekampf zu beteiligen, und wer die Reden überfliegt, wird bisher gehalten worden sind, der wird gefunden haben, daß ihnen ein Grundmotiv unterliegt, nämlich das Motiv, daß die Abstimmungen, die die betreffenden Fraktionen vorhaben, im Lande draußen nicht verstanden werden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sucht man mit langen Reden die Sache doch noch plausibel zu machen. Aber ich glaube, daß das nicht gelingen wird. Wenn uns angedroht wird, daß man Aufklärungen draußen geben wird, so schreckt uns das nicht, denn bei Aufklärungsgeben sind wir auch dabei. (Sehr richtig bei den Soz.) Wir haben bisher nicht schlecht abgeschnitten, wenn wir Aufklärung gegeben haben. (Sehr gut, bei den Sozialdemokraten.)

Zur Sache selbst: Wir haben eigentlich dem nichts hinzuzufügen, was der Herr Abgeordnete Bender am Sonnabend zum Schluß der Debatte erklärt hat. Ich möchte nur rein sachlich auf Grund von Mitteilungen, die mir während der Sitzung zugegangen sind, das Folgende sagen:

„Es ist behauptet worden, daß auch aus den Reihen des Deutschen Eisenbahnerverbandes Leute massenhaft gemaßregelt sind. Mir ist eben mitgeteilt worden, daß das nicht richtig sei. Es ist mir weiter mitgeteilt worden, daß auch nicht, wie behauptet worden ist, bei den Telegraphenarbeitern massenhafte Maßregelungen vorgekommen sind. Wir erwarten, daß, soweit die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner in Betracht kommt, genau nach den Richtlinien verfahren wird, die uns mitgeteilt wurden. Mit Reden, wie sie von der Tribüne heraus gehalten worden sind, ist den Eisenbahnern gar nicht gedient. Wir werden uns weiter der Leute annehmen, wie wir das bisher in jedem einzelnen Falle getan haben, und sind der Ueberzeugung, daß wir den Lohn dafür empfangen werden.

Nun ein paar Bemerkungen im allgemeinen: Der Abg. Levi, der die relativ vernünftigste Erklärung hier abgab, die von der linken Seite abgegeben worden sind, hat gemeint, daß diese reaktionäre Regierung sich nicht auf die breite Masse stützen werde. Ich weiß nicht, was das bedeuten soll. Bisher haben wir doch immer noch gehört, daß die Parteien, die links von uns stehen, sich weigern, als Stützen positiv in die Regierungskoalition einzutreten. (Sehr richtig bei den Soz.) Aber meine Damen und Herren! Das Entscheidende ist doch, für uns, und darauf scheint es mir anzukommen, man hat vor dem Kriege und während des Krieges immer gesagt: „Das deutsche Volk ist ein unpolitisches Volk". Wer diese Debatten Leute hier mit angehört hat, konnte empfinden, daß das auf weite Kreise des deutschen Volkes heute noch zutrifft. Denn ich glaube, wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, der muß doch begriffen haben, daß das ganze Manöver, das hier inszeniert wurde, den einzig durchsichtigen Zweck hat, aus außenpolitischen Gründen das gegenwärtige Kabinett Wirth zu stürzen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und bei den Deutschnationalen.) Wer politischen Sinn und Verstand hat, muß um so mehr seine Haltung so einrichten, daß dies Kabinett erhalten wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Sie (zur Linken) haben die gegenteilige Haltung eingenommen. Sie haben, Sie können darüber reden wie Sie wollen, die Einheitsfront mit Sinnes zum Sturze der gegenwärtigen Regierung gebildet. Und wenn eine reaktionäre Regierung dafür kommen sollte, so hat niemand (zur USP. gewandt) anders die Schuld als Sie. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eine weitere Meldung besagt: In der gestrigen Reichstagssitzung wurde das Vertrauensvotum mit 220 Stimmen angenommen, und zwar von 107 Sozialdemokraten (fehlt 1), 64 Zentrum (fehlen 6), 39 Demokraten (fehlen 2), 4 Welfen, 4 Bayer. Bauernbund, 2 Bayer. Volkspartei. Dagegen stimmten 185 Abgeordnete, und zwar 68 Deutschnationale (fehlen 3), 60 Deutsche Volkspartei (fehlen 5), 32 Unabhängige (fehlen 30), 25 Kommunisten. Der Abstimmung enthielten sich 16 Abgeordnete der Bayer. Volkspartei (fehlen 2). Nicht an der Abstimmung beteiligten sich also 48 Abgeordnete.

Die Formel des Vertrauensvotums lautete, wie schon mitgeteilt, kurz: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierung". Diese Erklärungen bezogen sich auf den beigelegten Streik der Eisenbahner, indem wurde vor der Abstimmung, wie aus dem Bericht hervorgeht, klar ausgeführt, daß in der Vertrauenskundgebung auch die Billigung der allgemeinen Innen- und Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung einbegriffen sein müsse. Was durch die Abstimmung geschehen ist.

Nach Mitteilungen aus Berlin hatte Dr. Wirth vom Präsidenten Ebert die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages für den Fall erhalten, daß die Regierung Wirth durch die vielen fehlenden oder nicht mitstimmenden Unabhängigen gerettet worden sei.

Schiffsraum für die Entente.

Der Versailler Friedensvertrag bestimmt, daß die Reparationskommission zwei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages der deutschen Regierung die Höhe des Schiffsraumes mitteilen wird, der in jedem der drei auf die vorstehend erwähnten zwei Jahre folgenden Jahren aufzuerlegen ist. Seit einigen Tagen ist in Berlin eine Delegation der Reparationskommission eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der für die Alliierten zu bauenden Handelsschiffe zu verhandeln. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet, hat die Delegation verlangt, daß jährlich 40 000 Br.-To. auf deutschen Werften für die Alliierten gebaut werden.

Wenn Staatsanlagen privatisiert werden!

(Eig. Berliner Drahtbericht.) Im Hauptausschuß des preußischen Landtages gab es am Dienstag eine aufsehenerregende Enthüllung durch eine Mitteilung des Genossen Otto Hué, wonach die Westfälische Transport-Aktiengesellschaft sich ein Monopolrecht auf dem Dortmund-Emskanal anmaßt, in dem sie das Beladen von Kohlenkähnen verhindert, wenn diese nicht durch ihre Schlepper, sondern durch andere Firmen geliefert werden. (Lebhafter Widerspruch eines an der Westfälischen Transport-Aktiengesellschaft beteiligten Abgeordneten.) Genosse Hué versprach, für seine Behauptung dokumentarische Unterlagen dem Ministerium zur Verfügung zu stellen.

Nachdem er entwischt ist!

(Eig. Berliner Drahtbericht.) Auf die kleine Anfrage der Mitglieder der kommunistischen Fraktion im preußischen Landtag, betreffend die Flucht des Oberleutnants Dittmar, erteilte der Justizminister folgende Antwort: Dittmar war im dritten Stockwerk des Gerichtsgefängnisses in Naumburg in Einzelhaft untergebracht. Die Innenhöfe wurden in der Nacht von zwei Strafanstaltsbeamten begangen. Von außen patrouillierten in etwa einstündigen Pausen nur Schutzpolizei um die Gefängnismauern. Nach Feststellung des Vertreters des Oberreichsanwalts, der das Gefängnis am 22. Dezember besucht hat, sind damals die Sicherungsmaßnahmen durchaus ausreichend gewesen. Die Flucht wurde in der Zeit von 1 Uhr bis 1.30 Uhr nachts ausgeführt, nachdem die Innenhöfe zuletzt um ½ vor 1 Uhr und die Außenmauern um 5 Minuten vor 1 Uhr abgegangen worden waren. Dittmar hat mit drei Stahlsägen, deren Herkunft noch nicht ermittelt ist, das Gitter seiner Zelle durchsägt und dann mit einem aus Bettzeug und Bindfaden selbstverfertigten Strick sich herabgelassen. Er ist mit einer Leiter, welche die Befreier herbeigeschafft hatten, über die Mauer entwichen. Bisher liegt kein Anhaltspunkt für ein Verschulden eines Strafanstaltsbeamten vor. Ein bestimmtes Urteil läßt sich erst nach Abschluß der eingeleiteten Ermittlungsverfahren, die mit Nachdruck betrieben werden, abgeben. Die Kriminalpolizei verfolgt mit besonderen Beamten alle Spuren. Sie hat auch Vorkehrungen getroffen gegen ein Entkommen Dittmars ins Ausland.

Die englische Ansicht.

Aus London meldet Wolff: Lord Derby trat gestern in einer Rede auf einem politischen Essen für den allgemeinen Grundsatz der Konferenz von Genua ein, da ihr Zweck wie der der Washingtoner Konferenz die Sicherung der Welt sei. Derby sagte, bevor Deutschland nicht wieder eine große Handelsnation sei, müßten die englischen Märkte und der englische Handel leiden. England erklärt, es brauche auf dem Gebiete des Handels ein starkes Deutschland, um Handel treiben zu können. Frankreich glaubt, wegen der Gefahr für Frankreich ein militärisches Deutschland nicht dulden zu können. Ein kommerziell starkes Deutschland sei aber nach Frankreichs Ansicht denkbar. Er sei der Meinung, daß beides möglich sei. Wenn England Frankreich ein geschriebenes Wort gebe, daß es Frankreich in dieser Hinsicht unterstütze, so würde Deutschland militärisch niemals stark werden.

Die Gärung in Indien.

Ueber die Lage in Indien erklärte der zuständige englische Minister im Parlament, daß diese ihn mit großer Besorgnis erfülle. Es sei heute unmöglich, das Land in einem Zustand völliger Isolierung zu lassen. Die Reden des Präsidenten Wilson in den Vereinigten Staaten, die Ansprachen Lloyd-Georges, die verschiedenen Fragen, die sich aus der deutschen Niederlage ergaben, und die Diskussionen anläßlich der polnischen, schlesischen und irischen Frage hatten notwendigerweise eine Rückwirkung auf Indien gehabt. Es sei zu schweren Ausschreitungen gekommen, die mit Gewalt unterdrückt werden mußten. Es sei sehr schwierig, die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wie in europäischen Ländern zu regeln.

Wo stehen wir?

Wir geben nachstehend den schon kürzlich erwähnten, durch die Parteipresse gehenden Artikel des Reichstagspräsidenten Löbe ganz wieder. Genosse Löbe schreibt:

Das brüske Verfahren der Deutschen Volkspartei gegenüber der Ernennung Rathenaus zum Minister des Auswärtigen scheint denjenigen recht zu geben, welche die innere Krise durch das Steuerkompromiß vom 26. Januar nur als vertagt, nicht als gelöst ansehen. Es scheint auch denen recht zu geben, welche behaupten, ein sichtbares Opfer des Besitzes könne nicht mit der Deutschen Volkspartei, sondern nur gegen sie, nicht mit der Schwerindustrie, sondern nur von den Parteien der Besitzlosen durchgesetzt werden. Das Verhalten der Gesinnungsfreunde um Dr. Becker und Stinnes war gleich nach unserem Rückzug auf die Zwangsanleihe so halsstarrig und zweideutig, daß mit dem Bruch des nur halb und halb eingegangenen Versprechens schon am 27. Januar gerechnet werden mußte. Waren doch nicht einmal die Unterhändler guten Willens, das Opfer zu bringen, geschweige denn, daß sie geneigt schienen, ihre widerstrebenden Parteigänger dafür zu gewinnen. Im Gegenteil, sie konnten nicht genug aufbieten, um die bejammernswerte Lage der besitzenden Klassen in Deutschland zu schildern und den Zusammenbruch der Industrie bei weiteren Belastungen des Kapitals in sichere Aussicht zu stellen. Mit der allgemein gehaltenen, absichtlich dunklen Parole der sachlichen und persönlichen Garantien, unter denen man alles mögliche verstehen kann, behielten sie sich vor, das halbe Zugeständnis noch einmal zu halbieren und das geringfügige Opfer, das durch die Zwangsanleihe gebracht werden sollte, auch der letzten Spur eines Opfercharakters zu entkleiden. Die Berufung Rathenaus, dessen Qualitäten selbst in den Organen der Deutschen Volkspartei anerkannt werden, ist deshalb nur der erste Vorwand, sich den widerwillig übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Die geringe Bereitschaft war vom ersten Moment an sichtbar, und es war ein falscher Schritt des Kanzlers, daß er gerade auf die Mitwirkung dieser Partei solchen Wert legte, statt seine Mehrheit nach links zu erweitern.

Von dem Augenblick an, wo die Volkspartei nach ihrer Behauptung die Handlungsfreiheit zurückgewonnen hat, ist dasselbe für die Sozialdemokratie der Fall. Nach der schweren Enttäuschung, welche die Partei des Besitzes den übrigen Koalitionsparteien bereitete, werden wir den erneuten Versuch machen müssen, die Steuermehrheit nach links hin zu gewinnen. Gewiß steht der Leipziger Beschluß der Unabhängigen dem hindernd im Wege. Aber das Hindernis bei der Deutschen Volkspartei ist nicht kleiner. Es ist doch keine Frage, daß die Absicht der Erzbergerschen Steuergesetzgebung, die Bildung gigantischer Vermögen zu verhindern, nicht erreicht ist. Noch immer wird auf der einen Seite verschwenderischer Luxus getrieben, während andere nicht wissen, womit sie ihre Blöße decken sollen. Noch immer wachsen auf der einen Seite die Vermögen, während andere ihre Kinder nicht satt bekommen können. Schlesische Magnaten, deren Einkommen im Frieden drei Millionen Mark im Jahre betrug, beziehen heute jährlich sechzig bis siebzig Millionen Papiermark, und wenn sie auch einen erheblichen Teil davon als Steuern abgeben müssen, so ist doch ihr Besitz durch die Steigerung der Holz- und Kohlenpreise enorm gestiegen. Im Waldenburger Bergrevier sitzen zwanzigtausend Bergarbeiterfamilien, die die Milch für ihre Kinder nicht erschwingen können; über ihnen thront auf der Burg Fürstenstein der Fürst Pleß, hält sich achtundvierzig livrierte Diener, fährt in Viererzügen und entwickelt eine Pracht, wie nie zuvor. In ähnlich glänzenden Verhältnissen befinden sich alle schlesischen Magnaten, die im November 1918 gern ein Drittel ihres Landes hergegeben hätten, wenn ihnen die zwei anderen verblieben wären. Heute wehrt sich ihre politische Vertretung gegen jede weitere Belastung des Besitzes. Die verspäteten Einschätzungen, die Valutaschwankungen, die Auslandsverschiebungen und Bilanzverschleierungen haben es unzähligen Besitzenden ermöglicht, ihren Vermögenszuwachs zu verstecken und dem steuerlichen Zugriff zu entziehen. Ausländische Besucher Deutschlands empören sich über den frivolen Luxus, der in dem angeblich verarmten Lande getrieben wird, das seine Kinder ins Ausland schickt und sie mit fremder Hilfe ernähren läßt.

Eine Partei, die sich trotzdem einem Opfer des Besitzes entzieht, ist keine geeignete Kontrahentin für die Sozialdemokratie. Das Verhalten im Fall Rathenau aber schlägt dem Faß den Boden aus. Gerade die Volkspartei hat einst den Ruf nach Fachministern erhoben. Sie hat dem Kabinett Fehrenbach-Simons so wenig Geeignete zur Verfügung stellen können, daß sie selbst dieses Kabinett stürzte und ihre Fachminister in der Versenkung verschwinden ließ. Jetzt beruft der Kanzler einen Mann, der den Beweis seines Könnens im In- und Auslande erbracht hat, und ausgerechnet diese Ernennung soll den Volksparteilern den Vorwand für den Ausbruch aus der Koalition abgeben. Vielleicht ist es gut, daß sie rechtzeitig mit diesen fadenscheinigen Gründen den Beweis

Landesbibliothek Oldenburg

ihrer Unzuverlässigkeit auch für das Zentrum antritt, die Sozialdemokratie hat diese Aufklärung nicht mehr nötig. Sie wird trotz aller Schwierigkeiten den erneuten Versuch machen müssen, die Koalitionsgenossen links zu suchen.

Soweit Genosse Löbe. Das gestrige Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reichstage beschäftigt erneut die Richtigkeit der vorstehenden Löbeschen Ausführungen.

Die Regierungsfrage im Reichstag.

Ueber die gestrige Sitzung erhalten wir durch den Sog. Parlamentsdienst folgenden eigenen Drahtbericht:

Die entscheidende Sitzung des Reichstages zeigte schon rein äußerlich die große Bedeutung des Tages. Der Sitzungssaal war mit Abgeordneten und Regierungsvertretern angefüllt wie nur selten. Auf den Tribünen und in der Diplomatenloge drängten sich die Zuhörer Kopf an Kopf. Seit der Kriegssitzung am 4. August 1914 hat das Haus nicht wieder einen solchen Andrang erlebt. Die Sozialdemokraten hatten ihre Abgeordneten buchstäblich bis auf den letzten Mann herangeholt. 107 Genossen und Genossinnen waren anwesend. Der einzige, der fehlte, war durch schwere Krankheit entschuldigt. Als um 4 Uhr Glocken und Sirenen das Haus alarmierten, stieg die Spannung aufs höchste. Auf der Pressetribüne, wo deutsche und ausländische Journalisten sich in fürchterlicher Enge begnügen mußten, reckten sich die Hälse. Die Entscheidung schien da zu sein. Noch aber gab es eine harte Geduldsprobe.

Der deutschnationale Führer Hergt verlangte in großer Pose vom Reichskanzler eine Erklärung, ob er den Antrag der Regierungsparteien als ein allgemeines Vertrauensvotum auffasse. Wirth bestätigte das in einigen knappen Worten und wies mit Recht darauf hin, daß seine gesamte Rede von Eisenbahnerstreik von der auswärtigen Politik ausgegangen sei.

Die Regierungsparteien hätten auf Erklärungen verzichten können. Sie wurden aber zu kurzen Erklärungen gezwungen durch die Ansprachen, die nacheinander die Unabhängigen, die zahmen Kommunisten und die wilden Kommunisten hielten. Nur die Furcht, daß diese Regierungsstürzerei auf Stinnes Kommando mißverstanden werden könnte, trieb sie ans Rednerpult. Der prahlerische Crispien hielt eine seiner rollenden Attacken-Reden, welche klingen, als wenn aus einer alten Eisenkanne getutet wird. Dittmann wischte dem Reichsverkehrsminister, gegen den er persönlich geladen ist, noch einiges aus. Levi, immerhin ein leidlich intelligenter Mensch, hielt eine Rede, die sich vorteilhaft von dem Wortgetöse der unabhängigen Sprecher abhob. Koenen aber von den allein echten Kommunisten, bewies der U. S. P., daß ihr ganzer Mißtrauensantrag eitel Schauspielerei sei, denn die Regierung Wirth sei ja nur mit Hilfe der U. S. P. überhaupt möglich gewesen. In einer kurzen Rede, die wir wörtlich bringen, zeigte Hermann Müller, daß sich klar und eindeutig die Politik der Sozialdemokratie über den Stinnesblock von Hergt bis Höllein ergibt.

Die Abstimmung kam. Prüfend überblickt man den Saal. Man kennt die ruhig und kühl überlegenen Politiker der Vernunft, auch in den Oppositionsparteien. Was werden sie tun? Man sucht auf den Bänken der Unabhängigen vergebens nach Dißmann, Lipinsky, Jäckel und einigen anderen verantwortungsvollen Männern. Breitscheid geht vor der Abstimmung mit Bitterkeit im Antlitz hinaus. Der weibliche Außenpolitiker kann sich unmöglich dazu hergeben, diese Regierung Wirth stürzen zu helfen. Im ganzen mögen ein Dutzend Unabhängige sich an diesem Trauerspiel nicht beteiligt haben. Sie verdienen den Dank des Proletariats. Das Zentrum zeigt einige Lücken. Es sind wohl einige vom rechten Flügel beheimgeblieben, um nicht für Wirth stimmen zu müssen. Auch von der Bayerischen Volkspartei haben einige den Saal verlassen. Die vier bayerischen Bauernbündler gaben unter der Führung des knorrigen Eisenberger geschlossen ihre weißen Ja-Zettel für die Regierung Wirth ab. Auch von der Deutschen Volkspartei haben sich einige Abgeordnete an der Abstimmung nicht beteiligt. Der süddeutsche Abgeordnete Schirmer stimmte für das Kabinett Wirth. Im übrigen stimmte die Deutsche Volkspartei gegen das Vertrauensvotum.

Preußischer Landtag.

Nach Erledigung kleiner Anfragen und der zweiten Beratung des Entwurfes über die Vereinigung Pyrmonts mit Preußen beschäftigte sich der Landtag am Dienstag mit mehreren Anträgen, die sich auf die finanzielle Not der Gemeinden beziehen. Genosse Hirsch führte dazu folgendes aus: Schon vor dem Kriege befanden sich viele Gemeinden in einer Notlage. Ihre Steuerzuschläge erreichten eine unheimliche Höhe, besonders im industriellen Westen. Damals schon entschloß sich die Regierung, eine Novelle zum kommunalen Abgabengesetz einzubringen. Dieses Gesetz blieb leider in der Kommission. Der Krieg brachte den Gemeinden viele Aufgaben und viele Ausgaben, die ihnen zum Teil vom Reich bis heute noch nicht ersetzt sind. Wenn gesagt wird, an der Notlage sei die Reichsfinanzreform schuld, so ist anzuerkennen, daß das Reich zunächst seine Finanzen in Ordnung zu bringen bemüht sein mußte. Etwas anderes ist es, ob die Reform in Einzelheiten nicht anders gestaltet werden konnte. Wir glauben, daß man von vornherein mehr Rücksicht auf die Gemeinden hätte nehmen müssen. An dem Grundsatz der Reichseinkommensteuer halten wir fest. Mit Aufrechterhaltung des alten Zuschlagsrechtes wäre der Mehrzahl der Gemeinden nicht gedient gewesen. Die riesigen Zuschläge hätten die Einwohner nicht tragen können. Die heutige Not der Gemeinden ist eine Kriegsfolge; selbst in den Sugeländern, wie in England, haben sich die Gemeindesteuern seit dem Kriege verdoppelt. Die Mahnung des Reichsfinanzministers, die Gemeinden sollten sich bescheiden, war sehr überflüssig; die Gemeinden haben sich eingeschränkt, soviel sie konnten. Sie können aber nicht auskommen, wenn sich die Ausgaben von 1914 bis 1920 von 80 auf 489 Mark pro Kopf steigern. Die Ausgaben für Schulzwecke sind bei den Gemeinden ganz enorm gesunken. Das Reich kann sich helfen, indem es auf neue Steuern zurückgreift. Die Gemeinden sind von den Ländern und vom Reich abhängig. Die Beseitigung des Einkommensteuerrechtes ist für die Gemeinden katastrophal gewesen. Die langsame Veranlagung und Eingiehung der Reichseinkommensteuer hat einen enormen Ausfall an Steuern für das Reich mit sich gebracht. Die Folge ist, daß auch die Gemeinden sehr darunter leiden, da sie weniger Einkünfte haben. Notwendig ist eine Reform des kommunalen Abgabengesetzes, um den Gemeinden die Möglichkeit neuer Steuern zu geben. Dem vorliegenden Antrag, der der Auffassung des Städtetages entspricht, stimmen wir zu. Aber damit kann es nicht genug sein. Wir brauchen eine grundlegende Aenderung des ganzen Kommunalabgabengesetzes. Ohne die Hilfe der Gemeinden keine Gesundung der Nation, keine Jugendpflege, keine sittliche Wiedergeburt, keine Volksbildung. Schon deshalb haben Staat und Reich ein Interesse daran, die Gemeinden in den Stand zu versetzen, diese Aufgaben zu erfüllen. Natürlich darf man dabei die Selbstverwaltung der Gemeinden in keiner Weise antasten. (Lebhafter Beifall bei den Sog.)

Der Redner des Zentrums, Sprenger, verlangt größeren Anteil der Gemeinden an der Reichsumsatzsteuer, sowie Antrieb und Mitwirkung an der neuen Grundsteuer. An der Arbeit der Finanzämter wünscht das Zentrum die Gemeinden beteiligt zu sehen. Der Deutschnationale Martel erheiterte das Haus durch seine barbarischen Ausführungen, die in sinnlosen Angriffen auf die republikanische und sozialistische Republik bestanden.

Entsprechend dem Beschluß des Aeltestenrates wurden zum Schluß der Debatte die kommunistischen Anträge über den Eisenbahnerstreik und Amnestiefragen auf die Tagesordnung vom Mittwoch zu setzen, abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion schloß sich der Ablehnung an, weil sie keine Neigung hat, immer einen Tag später wie der Reichstag dieselben Fragen zu behandeln, dann aber auch, weil sie in der Eisenbahnfrage, deren Debatte sie nicht ablehnt, abwarten will, wie das Endergebnis der Debatte im Reichstag sein wird.

Hilferuf aus Rußland.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Tschuwaschengebiets sandte an E. Fimmen, den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, folgendes Telegramm: Das Exekutivkomitee des Tschuwaschengebiets wünscht, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale seinen aufrichtigen Dank für die der hungernden Bevölkerung geleisteten Dienste auszusprechen. Wir sprechen im Namen Hunderttausender Tschuwaschenkinder und ihrer Eltern, die weder ihre Kinder ernähren noch sich selbst erhalten können, und die ohne Hilfe dem Hungertode preisgegeben sind. Die Leiden der Hungernden sind unbeschreiblich. Seit August ernähren sich mehr als 90 Prozent der Bauern von allen möglichen Surrogaten. Brot wird aus Stroh bereitet mit einer kleinen Zugabe von Kartoffeln. Aber die Kartoffelvorräte und alle irgendwie brauchbaren Surrogate waren noch vor Eintritt des Winters verzehrt. Die Bevölkerung ist jetzt dazu von den Dächern genommene Stroh, Lehm und die Kadaver verreckter Tiere, jede Art Lebewesen, Gras und Wurzeln jeder Art. Die Sterblichkeit nimmt erschütternde Dimensionen an. Vom Anfang der Hungerperiode bis zum 1. Januar wurden 250 000 Todesfälle infolge des Hungers verzeichnet. 131 127 Menschen sind infolge des Genusses von schädlichen Surrogaten erkrankt. Ungefähr 765 000 Personen einschließlich 310 000 Kinder (22 Prozent der gesamten Bevölkerung) befinden sich im Zustand des absoluten Hungers. Die fürchterlichste Zeit ist gekommen, und die große Mehrheit der Bevölkerung steht vor dem Hungertode. Tragödien, die nicht mehr menschlich genannt werden können, spielen sich in den Häusern und Hütten ab. Ganze Familien verüben Selbstmord. Kinder werden von ihren Eltern, Eltern von ihren Kindern ermordet. Ganze Familien verlassen ihr Heim, um auf der Suche nach Nahrung planlos umherzuirren und vor Kälte und Hunger unterwegs zu sterben. Jeder europäische Arbeiter und Bauer, der Hilfe schickt, kann das Leben seiner Arbeiter- und Bauernbrüder retten. Tausende Tschuwaschenkinder, die von den vom Gewerkschaftsbund geschickten Lebensmitteln satt geworden sind, sind von unaussprechlicher Dankbarkeit für die von fernen Genossen in fremden Ländern geschickte Hilfe erfüllt. Hunderttausende flehen um Brot. Die bereits geleistete Hilfe erweckt Hoffnung in jenen, die noch nichts bekommen haben, und die zum Hungertode verurteilt sind. Diese Tausende strecken ihre Arme den westlichen Brüdern entgegen. Im Namen der internationalen Einheit der Völker, im Namen der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Länder bitten wir Euch, alles zu tun, was in Euren Kräften steht, um uns zu helfen.

Wolff meldet aus Moskau: Im Derbaischewer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungerkatastrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehren sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Zum Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

Der Artikel 165 bildet ein Kernstück der neuen deutschen Reichsverfassung. Ein Glanz- und Meisterstück stellt er indessen nicht dar. Er nährt einerseits fortgesetzt noch Hoffnungen und Erwartungen, die zu erfüllen er gar nicht die Absicht hat. Und er ordnet andererseits den von ihm behandelten Stoff in einer Weise, die den Bedürfnissen nur ungenügend gerecht wird.

Was verspricht der Artikel 165 in seinem Hauptteil? Den Aufbau eines Rätewesens. Das Wort „Räte" bzw. „Rat" kommt in den sechs kurzen Absätzen dieses Artikels nicht weniger als vierzehnmal vor. Damit hat man sich unmittelbar an sowjet-russische Gedankengänge angelehnt. Es war auch zweifellos die Absicht der Nationalversammlung, in dieser Hinsicht ein phraseologisches Zugeständnis zu machen, aber auch nur ein solches der Phrase. Prüft man den Inhalt des Artikels näher, so findet man das ohne weiteres heraus. Während das sowjet-russische Rätewesen sowohl mit politischen, wie auch mit wirtschaftlichen Vollzugsgewalten ausgestattet ist, bezieht sich das deutsche Rätewesen nur auf die Wirtschaftsverfassung. Aber auch hier kann es mit dem russischen nicht verglichen werden. Die deutschen Betriebsräte sind in ihrer sachlichen Zuständigkeit den Betriebsunternehmern heute noch nicht einmal gleichberechtigt; sie haben lediglich ein gewisses Mitbestimmungsrecht, das in wichtigen Fragen sogar bis zum bloßen „Einvernehmen" und „Anhören" eingeschränkt ist. Den weiteren, erst noch zu schaffenden Räteeinrichtungen „können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden".

Stände man heute vor der Aufgabe, dem Artikel 165 Wortlaut und Inhalt zu geben, dann würde man vermutlich auf die „Rate" verzichten und dieses Wort durch Bezeichnungen ersetzen, jedenfalls aber ersetzen können, die der deutschen geschichtlichen Entwicklung und Ueberlieferung gerecht werden. Dies sind denn die „Betriebsräte" anderes, als eine größere Verallgemeinerung der Arbeiterausschüsse, die ihren gesetzgeberischen Ausgangspunkt schon auf die Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 zurückführen. Und lebt der in den Bezirksarbeiter- und den Bezirkswirtschaftsräten zu verkörpernde Gedanke nicht auch schon jahrzehntelang in der deutschen Arbeiterschaft? Sind diese „Räte" ihrem Wesen nach etwas anderes, oder sollen sie etwas anderes werden, als das, was man früher mit „Kammern" — „Arbeiterkammer, Arbeitskammer, Wirtschaftskammer — bezeichnet hat? Nein! Weil sie aber dasselbe werden sollen, deshalb muß vor dem zu bewirkenden Aufbau auch noch ein alter Streit ausgetragen und erledigt werden. Wie sollen wir uns zu der Frage: „Meine Arbeiterkammern (bzw. Arbeiterräte) oder paritätische Arbeits-, das heißt Wirtschaftskammern (nach Artikel 165 „Bezirkswirtschaftsräte") verhalten? Ganz naturgemäß spielt da auch das Verhalten gegenüber den alten Unternehmerkammern — den Handels- und Gewerbe-, den Handwerks- und den Landwirtschaftskammern — mit hinein.

In weiten Partei- und Gewerkschaftskreisen war man früher gewissermaßen darauf eingeschworen, daß man die gemischtsachlichen (interberuflichen) reinen Arbeiterkammern als das zu erstrebende Ideal anzusehen hatte. Auch in der neueren Zeit hat diese Ansicht noch viele Verfechter. Während man aber früher die vorhin genannten Unternehmerkammern als schon geschaffene Gegenstücke dazu hinnehmen bzw. bestehen lassen wollte, neigt man nunmehr der Ansicht zu, die alten Unternehmerkammern seien zu beseitigen und an deren Stelle habe ein gemeinschaftlicher Unternehmerrat zu treten. Verfassungsrechtlich wird solche Ansicht aber nicht gestützt.

Andere Partei- und Gewerkschaftskreise waren schon früher der Ansicht, es sei zweckdienlicher, die Arbeiterkammern nicht gemischtsachlich, sondern in derselben fachlichen Gliederung einzurichten, in der die vorhandenen Unternehmerkammern eingerichtet sind, oder die letzteren gleich paritätisch umzubauen. Heute gewahren wir, daß diese letztere Auffassung auf dem Wege ist, Allgemeingut all derer zu werden, die Gelegenheit genommen haben, sich in den Gesamtstoff gründlich hineinzuarbeiten. Dafür legt ein Beschluß beredtes Zeugnis ab, der von den Arbeitnehmervertretern aller Gewerkschaftsrichtungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat einstimmig gefaßt worden ist.

Bekanntlich ist es eine Hauptaufgabe des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, die Frage des Aufbaues der Arbeiter- und Wirtschaftsräte genau zu prüfen und dafür gesetzgeberische Vorschläge zu machen. Ein zu diesem Zwecke eingesetzter besonderer Ausschuß hat ein volles Jahr für bloße Sachverständigenvernehmungen geopfert. Und als erstes Ergebnis reifte der angedeutete einstimmige Beschluß der Arbeitnehmervertreter. Während man ursprünglich meinte, man könnte und sollte erst die Bestimmungen für die Bezirksarbeiter- und die Bezirkswirtschaftsräte herausarbeiten, ist man nun dahin gekommen, für diese noch einen Unterbau zu verlangen. Man hat sich übergezeugt, daß die alten Unternehmerkammern auch für die künftige Wirtschaftsorganisation eine wertvolle zu unentbehrliche Einrichtung bilden: „Sie beseitigen, sieht wahrscheinlich: in absehbarer Zeit sie mit wesentlich kaum veränderten Zwecken wiederherstellen müssen." „Die hiernach beizubehaltenden Kammern werden zu ihrem Teile die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer dadurch verwirklichen müssen, daß diese in ihnen aufgenommen werden. Wirkliche Gleichberechtigung setzt dabei grundsätzlich Gemeinsamkeit des ganzen Aufgabenbereichs jeder Kammer zwischen ihren Arbeitgeber- und ihren Arbeitnehmerabteilungen voraus. Für die letztgenannten muß außerdem durch zahlenmäßig gleiche Vertretersätze die sichtbare Möglichkeit, mehr noch die rechtliche Ueberzeugung gegeben sein, erforderlichenfalls die volle Hälfte des Einflusses auf Entscheidungen in der Hand zu haben." Die grundsätzliche Gemeinsamkeit aller Aufgaben schließt nicht aus, daß einzelne Angelegenheiten der alleinigen Zuständigkeit der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerabteilung zugewiesen werden. . . . Wo die Kammern noch ein Bedürfnis nach getrennter Meinungsbildung oder Meinungsäußerung oder getrennter Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben könnten, soll das Gesetz den Kammern darin die Selbstbestimmung nicht beschränken."

Dieses der Kern jenes Beschlusses. Es bleibt jetzt übrig, daß sich dahinter nunmehr die gesamte Arbeitnehmerschaft stellt. Nur dann ist zu erwarten, daß dieser Unterbau verwirklicht werden kann. Dem Wortlaut nach kann man sich hier behauptlicherweise nicht auf Artikel 165 berufen. Und dieses gerade ist eine sehr empfindliche Lücke. Sie ließe sich gewiß leicht ausfüllen, wenn — ja, wenn auch die Unternehmer der erhobenen Forderung ohne Widerspruch zustimmten. Hier liegt aber die große Gegenschaft. Man weiß nur zu gut, daß durch die bestehenden alten Unternehmerkammern die Hauptschlagadern des Wirtschaftslebens laufen, und daß hier jene Brunnen rieseln, die wirtschaftliche und durch diese auch politische Macht vermitteln!

Bergichtleistung auf Mitbeteiligung in den Handels-, Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern bedeutet Preisgabe der wichtigsten Stellen, die die Arbeitnehmerschaft besitzen können, sie zu jenen Aufgaben heranzubilden, deren Beherrschung Voraussetzung dafür ist, einstmals über die Parität hinauszuwachsen.

Für die heutige und nächstkünftige Zeit ist die Parität, das heißt die Gleichberechtigung, das Gegebene, Mögliche und Notwendige. Es ist dieses auch der Geist der neuen Reichsverfassung. Der erste Satz des Artikels 165 gilt noch diesem Geiste weniger sinngemäß auch für die alten Unternehmerkammern:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken."

Das deutsche Rätewesen würde für die Arbeitnehmer größtenteils wertlos, wollte man sich allein auf die Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte (in der Spitze Reichsarbeiter- und Reichswirtschaftsrat) als Plattform beschränken bzw. sich mit diesen Einrichtungen abfinden lassen. Die alten Unternehmerkammern müssen in den Neuaufbau mit einbezogen werden! O. Albrecht.

Englische Borgen in Irland.

Im englischen Oberhause sagte der Lordkanzler, die Lage in Irland sei äußerst ernst. Offenbar stehen große Teile der republikanischen Armee hinter der provisorischen Regierung, aber in verschiedenen Gegenden widersetzten sich Truppen den Befehlen dieser Regierung. Sie tue zweifellos ihr Bestes, um ihrem Willen Gehorsam zu verschaffen. Man müsse ihr deshalb helfen, soweit das die Verpflichtungen Großbritanniens Ulster gegenüber zuließen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. In Köln wurde der mehrfach genannte Smeets wegen Beleidigung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. — In Italien hat das neue Kabinett Bonomi sich gebildet. — In Kopenhagen ist die angekündigte große Aussperrung in Kraft getreten. Die Aussperrung umfaßt ca. 200 000 Arbeiter.

Rückkehr der „Medusa".

Der Kreuzer „Medusa" ist von seiner Hilfsexpedition nach dem Rigaischen Meerbusen zurückgekehrt und in Pillau eingelaufen. Von den im Eise festsitzenden Schiffen konnten vier, darunter zwei Dänen, befreit werden. Die andauernde Kälte, durch die das Eis rasch zunahm, machte es dagegen unmöglich, an die Schiffe heranzukommen. Da auf einzelnen von ihnen der Proviant ausging, beschränkte man sich darauf, Schlittenexpeditionen auszurüsten und die Schiffe ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Schlitten erreichten ihr Ziel und konnten einen 80 Kilometer langen Rückweg über das Eis und über Land nach Windau in mehreren Tagen zurücklegen.

Verprahte Delegationsgelder.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III stand unter der Anklage des schweren Diebstahls der ehemalige Dolmetscher der deutschen Friedensdelegation in Paris, der Bankbeamte Fedor Lepper. Der Angeklagte, welcher Sohn eines Generals ist, soll während einer wüsten Kneiperei im Kassengewölbe der Friedensdelegation, dem damaligen Zahlmeister Oberüber die Kassenschlüssel entwendet haben, um sich danach einen Nachschlüssel anfertigen zu lassen. Mit diesem Nachschlüssel soll Lepper dann die Summe von 750000 Francs aus dem Geldschrank entwendet haben. In dem Vorverfahren hatte Lepper den Einwand erhoben, daß der Zeuge O. dem Angeklagten selbst das Geld gegeben habe, um auf den Rennplätzen Tremblay und Deauville zu wetten. Die Verhandlung erbrachte jedoch für diese Beschuldigung keinerlei positive Beweise. — Das Gericht verurteilte Lepper zu 3 Jahren Gefängnis.

Todesfahrt im Straßenbahnwagen.

Wolff meldet: Auf der vereisten Strecke Ragusa-Gravosa entgleiste vorgestern ein Wagen der Straßenbahn. Er sauste die steile Straße hinab und zerschellte an einer Mauer. Der Wagenlenker und vier Studenten waren auf der Stelle tot. 16 Fahrgäste wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ragusa liegt in Dalmatien am Adriatischen Meer.

Landesbibliothek Oldenburg

Beamtenrecht und Streikrecht.

Von Franz Krüger, M. d. R.

Der Streik der Eisenbahnbeamten hat mit einem Schlage die Frage, ob mit der rechtlichen Stellung der Beamten das Streikrecht vereinbar sei, in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gestellt. Die bürgerlichen Parteien sind sich völlig einig in der Verneinung dieser Frage. Wenn hierbei auch das Staatsinteresse von ihnen in den Vordergrund gestellt wird, so erwarten doch besonders die Deutschnationalen für sich auch einen starken parteipolitischen Vorteil, wenn die demokratische Republik den Beamten das Streikrecht genau so aberkennt, wie früher die konservative Monarchie es tat.

Wenn es auch kein Gesetz gibt, das für irgendeinen Arbeitnehmer das Streikrecht ausdrücklich anerkennt, so ist es doch heute unbestrittener Grundsatz, daß das Streikrecht einen Teil des gesetzlich anerkannten Koalitionsrechts bildet. Alle dem früher noch entgegenstehenden Bestimmungen (z. B. § 153 der Gewerbeordnung), die früher in der Hand der Justiz scharfe Waffen gegen die Arbeiter waren, sind nach der Revolution beseitigt worden.

Die Sozialdemokratie hat vor der Revolution auch für die Beamten das gleiche Koalitionsrecht (und damit auch das Streikrecht) verlangt, wie es die freien Arbeitnehmer haben. Die früheren Regierungen und Parlamentsmehrheiten haben es jedoch stets abgelehnt, unter Berufung auf das besondere Verhältnis der Beamten zum Staat. Die Beamten selbst haben sich früher nie für das Streikrecht eingesetzt. Zahlreich sind aus der vorrevolutionären Zeit die Kundgebungen von Beamten und Beamtenorganisationen, die sich ausdrücklich gegen jeden Beamtenstreik aussprachen. Dabei war früher die wirtschaftliche Lage keiner Bevölkerungsgruppe so schlecht, wie die der Beamten.

Nach der Revolution hat die damalige sozialistische Regierung alle Beschränkungen des Koalitionsrechts der Beamten aufgehoben. Man bedachte dabei allerdings nicht, daß es etwas Grundverschiedenes ist, ob diese Rechte ausgeübt werden gegenüber einem Staat wie dem früheren, der ein reiner Obrigkeitsstaat war, ohne wesentliches Mitbestimmungsrecht des Volkes, oder gegen den neuen demokratischen Volksstaat. Der gewerkschaftlichen Betätigung der Beamten standen jetzt keine Hindernisse mehr im Wege. Große Organisationen der Beamten zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen entstanden. Den Beamten eröffnete sich eine ganz neue Welt in der Organisations- und Versammlungstätigkeit. Sie, die bis dahin nur unter Kontrolle ihrer vorgesetzten Behörden und in größter Unterwürfigkeit auf diesem Gebiete tätig sein konnten, durften sich jetzt in ihren Versammlungen Angriffe auf Regierung und Vorgesetzte leisten, die ihnen unter dem monarchischen Regime die Stellung gekostet und schwere Strafen eingebracht hätten. Das muß zunächst festgestellt werden, wenn manche Kreise den Beamten jetzt über Knechtung schreien.

Zur Begründung des Streikrechts der Beamten wird jetzt häufig auf den Streik beim Kapp-Putsch hingewiesen. Zunächst muß da festgestellt werden, daß ein großer Teil der Beamten, auch der unteren und mittleren, damals ausdrücklich eine Beteiligung am Streik ablehnten, vielfach gerade unter Berufung auf ihre besonderen Beamtenpflichten. Dann aber ist natürlich ein Kampf für die Erhaltung der von der Volksmehrheit geschaffenen verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates, gegen eine kleine Schar von Putsch-Abenteurern, ein ganz besonderer Fall. Die damalige Arbeitsverweigerung gegenüber der Putsch-Regierung Kapp war kein Streik im üblichen Sinne, sondern war gerade ein Ausfluß der verfassungsmäßigen Pflichten der Beamten. Das Recht, vielleicht sogar die Pflicht, für den Staat zu streiken, wird man den Beamten auch dann anerkennen müssen, wenn man ihnen das Recht des wirtschaftlichen Streiks gegen den Staat aberkennt. Soll nun den Beamten das Streikrecht generell aberkannt werden? Ich sage nein! Ich halte es aber auch für notwendig, daß die Ausübung dieses Rechtes unter besondere Sicherheitsvorschriften im Interesse des Staates und Volkes gestellt wird. Die Beamten stehen in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum Volk und zu der vom Vertrauen der Volksmehrheit getragenen Regierung, da sie die ausübenden Organe der Staatshoheit sind. Dieses Verhältnis erfordert es, daß der Staat sie vor Not, Bestechung usw. schützt durch eine möglichst gute Bezahlung und durch wirklich soziale Arbeitsbedingungen, und daß er sich ihre ganze Arbeitskraft und größte Arbeitsfreudigkeit sichert durch Sorge für Alter und Familie. Ich halte auch die lebenslängliche Anstellung der Beamten im Interesse einer von parteipolitischen Schwankungen unabhängigen, sachlich und unparteilich arbeitenden Verwaltung für richtig. Damit will ich nicht gesagt haben, daß die heutige Verwaltung mit ihrer meist aus der monarchischen Zeit stammenden Beamtenschaft schon diese parteipolitische Unabhängigkeit, Sachlichkeit und Unparteilichkeit aufweist. Ob das Beamtenverhältnis für wirtschaftliche Betriebe, wie Eisenbahn und Post, zweckmäßig ist, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die sozialistische Regierung nach der Revolution hat aus all diesen Gründen an dem Beamtenverhältnis nichts geändert und die Anerkennung und Aufrechterhaltung dieser Rechte ausdrücklich in der Verfassung festgelegt. Nach der Revolution sind auch die Besoldungs- und Arbeitsbedingungen der Beamten in einem Verhältnis aufgebessert worden, wie es die alten konservativen Regierungen zweifellos nicht getan hätten. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie häßlich die den Beamten während des Krieges bewilligten Teuerungszulagen im Verhältnis zu den damaligen Lohn- und Teuerungszulagen der freien Arbeiter und Angestellten waren.

Welches Maß sollen die Beamten an ihre wirtschaftlichen Forderungen anlegen? Es erscheint mir die Forderung berechtigt, daß die Beamten nicht schlechter gestellt werden, als ähnliche Gruppen von freien Arbeitern und Angestellten. Man muß dann aber auf beiden Seiten mit gewissen Durchschnittszahlen rechnen. Es geht nicht an, wie es manchmal geschieht, niedrigste Beamtengruppen mit höchstqualifizierten und dementsprechend bezahlten Arbeitergruppen zu vergleichen, und darauf Forderungen aufzubauen. Nicht ganz unberücksichtigt darf auch die finanzielle Lage des Staates bleiben.

Die Beamten sind auch in der Verfolgung ihrer Forderungen viel günstiger daran, als die freien Arbeiter. Werden sie mit der Regierung nicht einig, so entscheidet das Parlament. Die Parteien sind aber, wie die letzte Vergangenheit lehrt, stets geneigt, in der Erfüllung wirtschaftlicher Beamtenforderungen sehr weit zu gehen, schon um sich nicht agitatorisch zu schädigen. Es erscheint mir allerdings notwendig, daß man die Verhandlungen mit den Beamten nicht allein den Ministerien überläßt. Nach den Erfahrungen gerade bei dieser Eisenbahnerbewegung haben die Vertreter der Ministerien häufig ein sehr unglückliches, manchmal geradezu provozierend wirkendes Verhalten an den Tag gelegt. Die Hinzuziehung eines kleinen parlamentarischen Ausschusses zu diesen Verhandlungen scheint mir eine starke Garantie für ihren erfolgreichen Verlauf zu bieten.

Es ist nun doch aber auch in Deutschland eine Regierung und ein Parlament denkbar, welche sich der sozialen Pflichten des Arbeitgebers Staat gegenüber den Beamten nicht in genügender Weise bewußt sind. Hier müssen auch die Beamten ein Mittel zur Durchsetzung berechtigter Forderungen haben. Als solches kommt schließlich nur der Streik in Betracht. Ausgeschlossen muß es allerdings sein, daß eine Gruppe oder Organisation mit Ultimatum und Streiks arbeitet. Der Streik von Beamten darf nur zulässig sein nach völliger Erschöpfung des Verhandlungsweges und eines noch vorzuschreibenden Schlichtungsverfahrens. Es muß weiter geknüpft sein an die Zustimmung der beteiligten Spitzenorganisationen. Diese Regelung würde eine Verständigung fast stets garantieren.

Streiks, wie der letzte Eisenbahnerstreik, müssen in Zukunft unmöglich sein. Das müssen auch die Beamten einsehen, und sollten es offen anerkennen. Aber wir wollen auch nicht aus einer augenblicklichen, berechtigten Empörung heraus das Kind mit dem Bade ausschütten. Einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Rechten der Beamten und den Lebensinteressen des Volkes ist vielmehr die Forderung des Tages.

Das neue Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Von Friedrich Kleeis.

Einschneidende Veränderungen auf dem Gebiete der Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten sind durch das Gesetz vom 14. Januar 1922 eingetreten. Es verbessert das Gewerbe- und das Kaufmannsgerichtsgesetz in mancher Richtung. Allerdings befriedigt es noch nicht die berechtigten Forderungen, die auf diesem Gebiete aufzustellen sind. An den hauptsächlichsten Mängeln, nämlich daß die hier in Frage stehenden Gerichte nur für Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch und nur für gewerbliche Arbeiter und Handlungsgehilfen zuständig sind, wird nichts geändert. Im allgemeinen suchen die Abänderungen die Tätigkeit jener Gerichte der Zeitbewertung, den neueren demokratischen Anschauungen und der Entwicklung des Arbeiterrechts anzupassen.

Zunächst ist die sachliche Zuständigkeit der Gerichte erweitert worden. Die Betriebsbeamten, Werkmeister, Handlungsgehilfen usw. können nunmehr vor den Gerichten klagen, wenn ihr Jahres- und Arbeitsverdienst an Lohn und Gehalt hunderttausend Mark nicht übersteigt. Weiter sind die Gerichte nicht nur wie bisher für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern, Betriebsbeamten, Handlungsgehilfen usw. einerseits und „ihren" Arbeitgebern andererseits zuständig. Das Wort „ihren" ist gestrichen worden, so daß hier größerer Spielraum geschaffen worden ist. Es kann also, wenn sonst die Zuständigkeit des Gerichts gegeben ist, der Arbeiter usw. auch einmal gegen einen anderen als „seinen" Arbeitgeber klagen. Die Gerichte können nunmehr auch Streitigkeiten entscheiden „über Erteilung, Form oder Inhalt einer Auskunft des Arbeitgebers über den Arbeiter" oder über den Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling. Ueber Schadenersatzansprüche können die Gerichte nunmehr auch entscheiden, wenn sie sich stützen auf gesetzwidrige oder unrichtige Eintragungen in „Quittungskarten der Angestelltenversicherung, Steuerkarten und ähnliche Urkunden, ferner wegen Einholung, Erteilung, Verweigerung, Form oder Inhalt einer Auskunft des Arbeitgebers über den Arbeiter". Neu ist auch, daß die Gerichte nunmehr zuständig sind über die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch die der Arbeitnehmer für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird. Bisher gehörten solche Streitigkeiten, z. B. über eine Konventionalstrafe, welche für den Fall bedungen ist, daß der Arbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein solches bei anderen Arbeitgebern eingeht oder ein eigenes Geschäft errichtet, nicht zur Zuständigkeit der Gerichte. Die Neuerung ist ein Fortschritt.

In der Organisation der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist eine Verbesserung insofern eingetreten, als der Preis derjenigen Personen, die zum Mitgliede eines solchen Gerichts berufen werden können, erweitert worden ist. Nunmehr kann gewählt werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und zum Amte eines Schöffen fähig ist, doch können auch weibliche Personen berufen werden. Alle weitergehenden Beschränkungen sind gefallen, so z. B., daß das Mitglied keine Armenunterstützung empfangen haben darf, daß es mindestens zwei Jahre im Bezirke des Gerichts wohnt oder beschäftigt ist usw. Besonders wichtig ist die Beseitigung des Widersinns, daß weibliche Personen wohl mit Beisitzung des Widersinns, daß weibliche Personen wohl mit wählen, aber nicht gewählt werden konnten. Ihre Zulassung als Mitglieder (das heißt als Beisitzende und als Vorsitzende) der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist der erste größere Schritt, sie an der Rechtsprechung überhaupt zu beteiligen. Der Anfang wurde mit ihrer Teilnahme an den Schlichtungsausschüssen gemacht, in denen sie sich gut bewährt haben. Es handelt sich jetzt um eine wesentliche Fortführung des Gedankens der Gleichberechtigung der Geschlechter auch in der Organisation der Rechtsprechung. Das Wahlrecht zu den Beisitzerwahlen ist schon durch ein früheres Gesetz vom 25. auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt worden. Es sei aber noch ausdrücklich bemerkt, daß diese Wahlen erst im allgemeinen im vergangenen Jahre stattgefunden haben und es eine Weile dauert, bis sie wiederholt werden.

Das Amt der Beisitzer ist ein Ehrenamt. Doch erhalten sie für ihre Mühewaltung eine Entschädigung, deren Höhe durch das Statut festzusetzen ist. Neu ist nun folgende Bestimmung: „Die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeiter erhalten außer der Entschädigung den Unterschied zwischen ihr und dem entgangenen Arbeitsverdienst ersetzt, wenn dieser höher ist als die Entschädigung. Die Zurückweisung der Entschädigung ist unzulässig." Rechtsanwälte werden als Prozeßbevollmächtigte oder als Beistand vor dem Gewerbegericht und Kaufmannsgericht nicht zugelassen. Das gleiche gilt für Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben. Hier ist folgender Zusatz neu eingefügt worden: „Zugelassen werden dagegen Vertreter der Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitern, insbesondere Gewerkschaftssekretäre, soweit sie für Mitglieder der vertretenen Vereinigung auftreten und nicht außer für die Einigung oder ihre Mitglieder auch für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig werden."

Die Gerichte entscheiden im allgemeinen endgültig. Berufung (an das zuständige Landgericht) ist nur angängig, wenn der Wert des Streitgegenstandes einen bestimmten Betrag überschreitet. Dieser ist jetzt auf fünftausend, bei den Kaufmannsgerichten auf sechstausend Mark festgesetzt worden. Die Anfechtung einer Entscheidung kann auch nicht mehr darauf gestützt werden, daß ein Beisitzer zu den Personen gehöre, die nach den näheren gesetzlichen Bestimmungen nicht berufen werden dürften. Die Gebühren, die etwas erhöht worden sind, richten sich nach dem Werte des Streitgegenstandes. Sie betragen bei einem Werte bis 20 Mk. einschließlich 1,50 Mk., von mehr als 20 bis 50 Mk. einschließlich 2,50 Mk., von mehr als 50 bis 100 Mk. einschließlich 5 Mk. Die ferneren Wertstufen steigen um je einhundert Mark, die Gebühren um je fünf Mark. Die höchste Gebühr beträgt 300 Mark. Wird ein zur Beilegung des Rechtsstreites aufgenommener Vergleich geschlossen, so wird eine Gebühr überhaupt nicht erhoben, auch wenn eine Verhandlung vorausgegangen ist.

So sehr auch diese bereits mit Ende Januar in Kraft getretenen Verbesserungen zu begrüßen sind, so darf doch nicht davon abgelassen werden, die gründliche Reform der Arbeiterrechtspflege durch Einführung der allgemeinen obligatorischen Arbeitsgerichte zu fordern. Die gegenwärtigen Einrichtungen sind nur etwas Halbes.

Die neuen Zeugengebühren.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag über die Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vor Gericht beraten. Von sozialdemokratischen Mitgliedern wurden mehrere Abänderungsanträge eingebracht, da die Regierungsvorlage nicht ausreichend erscheint. In der Begründung der Abänderungsanträge führte der Genosse Schmidt-Sachsen u. a. aus, daß man den Arbeitern bei Vorladung vor Gericht als Zeugen oder Sachverständigen nicht auch noch Opfer zumuten könne, und daß deshalb die Sozialdemokratie beantrage, statt der vorgesehenen Zeugengebühr von 8 Mark die Summe von 15 Mark einzusetzen, und statt 40 Mark Zehrgeld ein solches von 50 Mark zu beschließen. Für die Uebernachtung forderte unser Parteigenosse statt 20 Mark die Summe von 30 Mark. Da auch diese Sätze bald überholt sein werden, empfahlen die sozialdemokratischen Vertreter eine Bestimmung in den Gesetzentwurf aufzunehmen, die höhere Gebühren zuläßt. Auch die Erhöhung der Gebühren bei Bestellung der Mitglieder für die Feststellungsausschüsse im besetzten Gebiet wurde von sozialdemokratischer Seite beantragt, da der bisher bestehende Satz von 15 Mark durchaus unzureichend ist. Die Vertreter der Regierung hielten die von der Sozialdemokratie beantragten Sätze für bedenklich. Bezüglich der Entschädigung der Mitglieder in den Feststellungsausschüssen im besetzten Gebiet hielt ein Vertreter der Regierung die Aenderung der entsprechenden Ordnung für richtiger. Nach weiteren Ausführungen bürgerlicher Redner wurden die Anträge unserer Genossen einstimmig angenommen.

Die Republik ohne Republikaner.

In der „Vossischen Zeitung" machte kürzlich jemand den Vorschlag, die Republik solle nicht ganz auf jenes Ordenswesen verzichten, dem das gestürzte System einen wesentlichen Teil seiner äußeren Erfolge zu danken gehabt habe. Also zu lesen in einem demokratischen Blatte! Sind die Spottgeister alter Märchenwelten lebendig geworden, oder will ein Satiriker Stoff sammeln für ein Drama, das seinen Schöpfer in den Rang eines Aristophanes der deutschen Republik erheben würde? Vernünftigerweise wandten sich andere demokratische Kreise des Bürgertums gegen diesen Plan, der mit vollem Recht in der nationalistischen Presse als von einem demokratischen Etatt herkommend gegeißelt wurde.

Nicht überall sieht es so traurig aus wie in den Gehirnen jener, die der Republik durch unzeitgemäße Vorschläge traurige Dienste erweisen. Allenthalben machen sich Besterbungen geltend, die berechtigte Rücksichtnahme auf ein Erstarken des republikanischen Geistes in Deutschland zulassen. In der letzten Zeit haben sich in kurzer Aufeinanderfolge drei republikanische Bünde konstituiert, die, wenn sie auch nur Teile ihres hohen Programms erfüllen, wesentlich zu einer Konsolidierung der republikanischen Ideen in Deutschland beitragen können. Richter, Lehrer und — last not least — Pfarrer haben sich auf republikanischer Basis zusammengeschlossen, und bei aller Sympathie für den pazifistischen Gedanken bleibt zu hoffen, daß ihre Aufbauorganisationen im rechten Augenblick die Kraft aufbringen werden, sich zu Kampf- und Abwehrorganisationen umzugestalten.

Die Republik braucht keine Orden. Nach wie vor besteht ihre Stärke im Volk, in der Masse, in der — von manchen Größen verachteten — Zahl. Wir verbinden mit dem Begriff Volk keine mystische Vorstellung. Wir huldigen ihm nicht als dem Auserwählten der Erde. Aber wir begreifen es als ein Gewaltiges, als ein Schöpferisches, wir lieben es, ohne seine Schwächen zu verkennen, wie Shakespeare sie in seiner großen Anklagerede des Marc Anton im „Cäsar" gegeißelt hat.

Darin liegt — trotz alledem — die Größe der deutschen Arbeiterbewegung: daß alle ihre Kämpfe sich auf dem als selbstverständlich vorausgesetzten Boden der Republik bewegen. Jene Staatsverdrossenheit, die noch Bismarck geißelte, jene Gleichgültigkeit staatlichem Geschehen gegenüber, die der Humanismus des 18. Jahrhunderts an den Tag legte, bis Hegel gewaltig Bresche in sie schlug — sie sind dem modernen Proletariat fremd. Es verneint den Staat, soweit er monarchistisch ist. Es bekämpft ihn, soweit er sich zugunsten privilegierter Klassen der Demokratie widersetzt. Aber es stützt und trägt ihn, soweit er Dienste an der Menschheit zu verrichten gewillt ist.

Flaggenfragen, dynastische Dinge, Probleme der Aristokratie und der Oligarchie — das alles sind freudig begrüßte Anläße für unsere Monarchisten, um dem republikanischen Gedanken die Fehde anzusagen und ihn als im Widerspruch mit dem Mehrheitswillen des Volkes befindlich zu bezeichnen. Haben die Republikaner alles getan, um diesem Vorwurf zu begegnen? Noch nicht; aber sie stehen im Begriff, es zu tun.

Die November-Revolution stand nicht im Zeichen jener Begeisterung, die der großen Freiheitsbewegung des französischen Bürgertums im Jahre 1789, oder den deutschen Märzkämpfern von 1848 den Stempel aufprägte. Sie stand im Zeichen des Zusammenbruchs, der Verzweiflung. Jene Erscheinungen sind noch nicht überwunden, und ob der Weg — nach Canossa oder Genua — aufwärts führen wird, wissen wir nicht. Aber wir wissen, daß der Staatsgedanken, das Staatsverstehen des deutschen Proletariats mächtig gewachsen ist. Hieran ändern auch nichts Leipziens, des unabhängigen Vorsitzenden, vielbrachtetes Worte in Leipzig, das Proletariat kenne kein Deutschland, sein Vaterland sei die Erde.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat ein Interesse daran, der Welt zu zeigen, daß das nationalistische Wort von der Republik, die keine Republikaner berge, eine Lüge ist. Die deutsche Arbeiterklasse fühlt sich als Trägerin des republikanischen Gedankens und sie kann es nur begrüßen, wenn auch das demokratische Bürgertum sich zu ihm bekennt. In jenem oben zitierten Artikel der „Vossischen Zeitung" sprach der Verfasser sein Bedauern darüber aus, daß niemand Notiz davon nehme, wenn der Reichspräsident durch eine Seitentür die Oper oder einen Versammlungsraum betrete. Wir, denen der sozialistisch-republikanische Reichspräsident wahrlich näher steht als den noch immer widerstrebenden Bürgertum, verzichten auf Apotheosen und äußere Manifestationen, Ueberbleibsel einer byzantinischen Zeit.

Die deutschen Sozialisten sind Republikaner, und sie haben keine Ursache, sich dieser Tatsache zu schämen. In den Januartagen 1919 legten sie ihre Feuerprobe ab, als die breite, die namenlose Masse in Berlin mit ihren Leibern die Regierungsviertel schützte, die im Sturm kommunistischer Putschtaktiker überrannt werden sollten. Zum zweiten Male legte das arbeitende Volk ein glühendes Bekenntnis zur Republik ab, als es durch gewaltige Demonstrationen, durch einheitlich geführten Generalstreik die Kapp-Verbrecher zu Boden zwang. Die Republikaner werden wieder da sein, wenn man ihrer bedarf. Dann aber, wenn sie auf ihre Posten treten, wird man — wie in den Novembertagen 1918 — vergeblich fragen, wo die Stützen von Thron und Altar, wo die Heroen preußischer Ueberlieferung, wo die geblieben sind, die sich noch immer mit zu Lenkern deutschen Geschicks berufen fühlen.

W. Peiser.

Vermischtes.

Schopenhauers Jugendreisen. Es war für Schopenhauers Werdegang gewiß nicht ohne entscheidende Bedeutung, daß seine Eltern einen unbändigen Wandertrieb besaßen, der sie ständig auf Reisen führte. In dieses unstete Leben wurde Arthur bereits mit fünf Jahren hineingezogen, als seine Eltern vor der Besetzung Danzigs durch die Preußen nach Hamburg auswanderten, wo sie zwei Jahre blieben. Aber der Verlust der Heimat erhöhte nur noch ihr Reisebedürfnis. Besonders die Mutter, eine Dame mit allen gesellschaftlichen Vorzügen, konnte die ständige Abwechselung und Anregung durch Reisen nicht entbehren. So lernte schon der Knabe Schopenhauer viel berühmte Zeitgenossen kennen, wie Klopstock, Tischbein, Baron Stadl, Nelson und Lady Hamilton. Mit 9 Jahren nahm ihn sein Vater mit nach Frankreich und ließ ihn in Le Havre zurück, wo der Knabe mit dem gleichaltrigen Sohn eines Geschäftsfreundes zwei glückliche Jahre verbrachte. Dort bildete er sich so zum Franzosen aus, daß er bei seiner Heimkehr seine Muttersprache verlernt hatte. Im nächsten Jahre war er wieder drei Monate lang auf Reisen, da er die Eltern nach Hannover, Kassel, Weimar, wo er Schiller sah, Karlsbad, Prag, Dresden, Berlin und Leipzig begleiten durfte. Darüber berichtete der Zwölfjährige in seinem „Journal einer Reise von Hamburg nach Karlsbad und von dort nach Prag",

Landesbibliothek Oldenburg

das in der Neuauflage von Gwinners Schopenhauer-Biographie durch seine Enkelin demnächst bei Brockhaus zum erstenmal veröffentlicht wird. Dieses Tagebuch gewährt einen höchst interessanten Einblick in die Auffassungsgabe des Knaben.

Mit 15 Jahren (1803) begleitete er seine Eltern auf deren letzter und längster Reise, die sie vom Mai 1803 bis Dezember 1804 durch Holland, England, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Oesterreich und Deutschland führte.

Diese Reise hatte für ihn doppelte Bedeutung. Zunächst hatte sie den Zweck, ihn von seinem zum erstenmal hartnäckig aufgegriffenen Plan, sich der Gelehrtenlaufbahn zu widmen, abzubringen und ihn nach Verlauf der Reise dem Kaufmannsstand zuzuführen. Dann aber beeinflußte sie seinen Bildungsgang in einer Weise, die für ihn zur Gefahr hätte werden, da er so, aus jeder geordneten Tätigkeit herausgerissen, keine systematische Schulbildung erfahren konnte. Doch hatte er die zähe Kraft, das Versäumte nachzuholen, und die starken Reiseeindrücke waren für ihn ein um so größerer Gewinn an lebendigen Worten.

Den tiefsten Eindruck nahm er von den Alpen mit und hier zeigt sich die Melancholie schon in den Aufzeichnungen des Jünglings.

„Die so häufig bemerkte trübe Stimmung hochbegabter Geister," sagte er, „hat ihr Sinnbild am Montblanc, dessen Gipfel meistens bewölkt ist; aber wann bisweilen, zumal frühmorgens, der Wolkenschleier reißt und nun der Berg, vom Sonnenlichte rot, aus seiner Himmelshöhe über den Wolken, auf Chamouni herabsieht: dann ist es ein Anblick, bei welchem jedem das Herz im tiefsten Grunde aufgeht. So zeigt auch das meistens melancholische Genie zwischendurch die nur ihm mögliche, aus der vollkommensten Objektivität des Geistes entspringende, eigentümliche Heiterkeit, die wie ein Lichtglanz auf seiner hohen Stirne schwebt: in tristitia hilaris, in hilaritate tristis." (In Trübsal heiter, in Heiterkeit trauernd.)

An diese letzte große Reise schließt sich 1805 sein Eintritt in die kaufmännische Lehre. Der Todesfall seines Vaters und eine Entfremdung mit der Mutter leiteten dann eine neue Periode seines Lebens ein.

Das Urteil im Mordprozeß Singh. Die Ermordung des indischen Studenten Singh am 20. Januar 1921, die ursprünglich auf politische Motive zurückgeführt worden war, beschäftigte das Schwurgericht des Berliner Landgerichts III. Wegen Mordes war der Kraftfahrer Max Arnold angeklagt und wegen Beihilfe der Dreher Paul Körwien und wegen Anstiftung die Witwe des Ermordeten Frau Hildegard Singh, geb. Becker. Das Gericht verurteilte Arnold unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Jahren Gefängnis, die Frau Singh wegen Anstiftung zum Morde unter Verneinung mildernder Umstände zu 9 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Den beiden Angeklagten wurde 1 Jahr Untersuchungshaft angerechnet. Körwien wurde freigesprochen. — Der Verteidiger der Frau Singh hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Humor und Satire.

Die schlechten Zeiten. Der Schuster muß ewig zuschustern, der Schneider hat nicht genügend Futter, der Komiker hat nichts zu lachen, der Schriftsteller sitzt in der Tinte, der schwere Junge hat's nicht leicht, der Schlittenfahrer kommt unter den Schlitten, der Pressemensch ist ständig in Druck, der Fahrstuhlführer kann nicht hochkommen, der Chorsänger singt immer tiefer, der Kunstpfeifer pfeift auf dem letzten Loch, der Kaminkehrer weiß nicht, wovon der Schornstein rauchen soll, und der Gärtner ist nicht auf Rosen gebettet. — Nur der Wucherer, Schieber und Nassauer hat sein Schäfchen aufs Trockene gebracht.

*

Liserl hat oft den Mund am unrichtigen Fleck. Ich pflege unter Hinweis auf meine knospende Glatze zu sagen: „So wird man alt und schäbig!" — Neulich kommt eine Dame zu Besuch, die sich auf ihre ewige Jugendlichkeit viel zugute tut. Sie klagt, daß ihr nach der Grippe die Haare sehr ausgingen. Liserl betrachtet sie prüfend und erklärt schließlich: „Ja, so wird man alt und schäbig!"

*

Lieschen lernt dem kleinen Brüderchen das Laufen. Die schwankende Gestalt hin und her schiebend, ruft es: „Gib dir doch Mühe, läufst wie der Vater, wenn er vom Kriegerverein kommt!"

*

Der Grund. Mutter: „Hör mal, Anna, ich hatte gestern drei Stück Kuchen in den Küchenschrank gelegt, und jetzt ist nur noch eins da?" — Anna: „Ach, Mutti, es war so dunkel, daß ich das dritte Stück nicht gesehen habe!"

Gerieben. Auf dem Regensburger Hauptbahnhof winkte Herr Schmidt einen Jungen an den D-Zug heran. „Du, hol' mir doch mal ein Paar der berühmten Regensburger Würstchen," sagte er, „aber schnell, und kauf' dir selber auch ein Paar. Hier sind zehn Mark!" Der Junge lief, kam wieder, mit beiden Backen kauend. „Hier sind sieben Mark zurück," sagte er, „ich habe das letzte Paar gekriegt!"

Neue Höchstpreise für Brennstoffe.

Durch Erhöhung der Zechenpreise, Bahnfracht und sonstige Mehrkosten ab 1. Februar d. J. müssen die Höchstpreise für Brennstoffe geändert werden (sämtlich Bahnbezug): [9882

Bezeichnung der Brennstoffe	Ab Lager des Händl. Mk. p. Ztr.	frei Haus des Verbr. Mk. p. Ztr.
Anthrazit Nuß I	52,20	54,60
" " II	57,10	59,55
" " III	52,30	54,75
Eiformbriketts	51,90	54,35
Brechkoks I und II	57,20	59,65
" III	55,35	57,80
" IV	50,20	52,65
Gießereikoks	51,40	53,85
Braunkohlenbriketts		
G R und B	31,00	33,45
Union	30,75	33,20
Mitteldeutsche	36,70	39,15

Die Preise für Hausbrandkohle werden später bekannt gegeben.

Rüstringen-Wilhelmshaven, 14. Febr. 1922.

Stadtmagistrat Rüstringen.
Der Magistrat der Stadt Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven.

Notleidende Kleinkapitalrentner

können auf Antrag von uns unterstützt werden. Die Unterstützungsanträge werden für die Buchstaben

A—L am Freitag, dem 17. Februar 1922,
M—Z am Sonnabend, 18. Februar 1922,

im Zimmer Nr. 1 des Rathauses, Roonstraße, entgegengenommen.

Als Kleinrentner gelten bedürftige, im Inlande wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahreseinkommen von wenigstens 600 Mk. sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeit im wesentlichen auf dieses Jahreseinkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorsorge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist.

Wilhelmshaven, den 15. Februar 1922.

Der Magistrat. Wohlfahrtsamt.
Dr. Weber. 9881

Der Fuhrwerksverkehr über die III. Einfahrt muß für einige Zeit gesperrt werden.
Reichsvermögensamt I. [9907

Varel.

Die Brotpreise werden vom 17. d. M. an wie folgt festgesetzt:

7pfünd. Schwarzbrot	. . .	21,00 Mk.
3½pfünd. Schwarzbrot	. .	10,50 Mk.
3½pfünd. Graubrot	. . .	12,00 Mk.
3½pfünd. Weißbrot	. . .	12,60 Mk.
1pfünd. Krankenbrot	. . .	3,80 Mk.
Schwarzbrot in Scheiben geschnitten	. . . . .	3,20 Mk.

Der Kleinverkaufspreis für Weizenmehl, welches statt Krankengebäck genommen wird, beträgt je Pfund 5,00 Mk.

Varel, den 13. Februar 1922.

Amtsvorstand des Amtsverbandes Varel.

Gemeinde Blexen.

Vom Gemeinderat wurden für 3 Teilnehmer an dem am 6. März beginnenden Volkshochschulkursus in Wangerooge je 500 Mark bewilligt. Gemeindebürger, die am Kursus teilnehmen und Anspruch auf den Gemeindezuschuß erheben wollen, haben bis Mittwoch, den 22. d. M., einen entsprechenden Antrag an den Gemeindevorstand zu stellen. [9883

Einswarden, den 17. Februar 1922.

Gemeindevorstand Blexen. H. G. Büsing.

Erste proletarische Feierstunde

veranstaltet vom **Bildungsausschuß der U. S. P.** am Freitag, den 17. d. M., abends 7.30 Uhr, im **großen Saale des Werftspeisehauses**: Gesangsvorträge. Rezitationen. **Wiedergabe einer Szene aus Goethes „Faust"** mit Faustmonolog. Ausgewählte Musikstücke. — Kassenöffnung 6.30 Uhr. Eintrittspreis einschl. Steuer 3.50 Mark. **Programme** als Eintrittsausweise sind in der **Volksbuchhandlung Marktstr. 63**, im **Parteibureau Hollmannstraße 17** nachm. von 4 bis 6 Uhr und an der **Abendkasse** erhältlich. [9838

An- und Abmeldescheine

— empfehlen —

Paul Hug & Co., Rüstringen

Holzriemen — Scheiben

Heinrich Eichenauer, Wilhelmshaven Roonstraße 97. — Telephon 559.

Das Tagesgespräch in den Jadestädten ab morgen Freitag

Deutsche Lichtspiele

Um 6 und 9 Uhr!

Hamlet!

Prinz von Dänemark.

Nach der gleichnamigen bekannten Shakespeareschen Dichtung in einem Vorspiel und 6 Akten. In der Hauptrolle **Asta Nielsen.** — Spieldauer ca. zwei Stunden. Die persönliche Leitung des **doppelt verstärkten Orchesters** hat Obermusikmeister **P. Rothe** übernommen.

Außerdem:

Maciste

in seinem neuesten Abenteuer: **„Kampf gegen List u. Verderben!"** Sensationelle Erlebnisse des italien. Riesen in 5 Akten.

Colosseum-Lichtspiele

Maciste

der stärkste Mann Italiens, der Schrecken aller Verbrecher in der großen Sensation:

Kampf gegen List und Verderben!!

Ein abenteuerliches Erlebnis in fünf Akten.

Gunnar Tolnaes, der Liebling der Damen, **Clara Vieth**, die bildhübsche Schauspielerin in der zweiteiligen Liebestragödie:

Im Rausche der Macht!

Aus dem Liebesleben zweier ungleich gearteter Menschen in fünf Akten.

Kammer-Lichtspiele

Berlin-Moabit

Hinter Gitterfenstern.
Dritter Teil von
Geheimnisse von Berlin!

Sensat. Sitten- und Abenteuerfilm in sechs Akten.

Die Jagd auf Menschen!

(Buffalos und Bills Abenteuer). Grosser amerikan. Zirkusfilm in fünf Akten.

Apollo-Lichtspiele

Tarzan!

Nach dem berühmten Roman von E. R. Burroughs.

Dritter u. letzter Teil:
Tarzans Rache!

Atemraubendes amerikanisch. Sensationsschauspiel in 7 Akten.

Hamlet

Prinz von Dänemark

Drama in 1 Vorspiel und 6 Akten, nach der von Professor Vinning aufgefundenen, alten Hamlet-Sage.
ASTA NIELSEN in der Hauptrolle.

Preis: Paket 4.00 Mk.

Unterhalt.-Klub Frohsinn u. Scherz und Freiw. Feuerwehr Rüstringen!

Unsere große urdrollige

Maskerade

findet am Sonnabend, den 18. Februar in sämtlichen Räumen des **Schützenhofes** statt.

Saalöffnung 7.30 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Einführungs-Karten sind zu haben: Deuters Trinkhalle, Gökerstraße am Park, Gemüsehandl. Herbers, W'havener Straße, sowie Görrissen, Schützenhof. 9863] **Das Komitee.**

Kaffee
Henning Sondermarke

Ich kaufe nur sorgfältig ausgewählte und behandelte Rohkaffees, die nach alten, guten Erfahrungen zusammengestellt und täglich nach besonderem Verfahren geröstet werden. Billige Gelegenheitspartien vorhanden. 9865

Henning Filialen

Edelmetall-Schmelze

Wilhelmshavener Strasse
gegenüber dem Kaufhause GEBR. LEFFERS.

Ankauf von Platin-, Gold- und Silberbruch.

Beachten Sie die täglich neuen Kurse. Eröffnung am Freitag, den 17. Februar.
0885

Georg Frerichs jun

ADLER

Donnerstag, Freitag, Sonnab.: Letzte Aufführung
Rosenmontag

Sonntag, 19. Febr. zum 1. Male: **Das Konzert** Lustspiel in 3 Akt. von Herm. Bahr.

Sonnt. nchm. 4 Uhr zum letzten Male: **Die Rutschbahn.** Halbe Preise.

Unterhaltungsklub der Klempner

Unsere diesjährige

Maskerade

findet Sonnabend, den 18. Februar im Odeon statt. [9860
Karten daselbst zu haben. **Das Komitee.**

Ziehung 8. März 1922
Tilsiter
Pferde-Lose
à 4.00 Mark
Losporto 2.00 Mk.
Gewinnliste inkl.
Porto 1.35 Mk.
2096 Gewinne im Gesamtwerte von Mk. **120 000**
Hauptgewinn Mk. **40 000.**
LEO WOLFF
Königsberg i. Pr.
Kantstr. 2. u. i. allen kenntl. Verkaufsst.

Gebr. Möbel kauft
Weber, Roonstraße 202
Banter Markt. Tel. 1386

Reine Lohnpreise
zahle für
Gebisse
Schmucksachen: Gold, Silber, Platin, Doubl., Uhren, Ketten, Ringe, Bestecke
Galastreifen
Alles kann zerbrochen sein.
Walther Claus
Spezialwerkstatt,
W'havener Str. 55.

Ziegenzucht-Verein
Rüstringen.
Jeden **3. Sonnabend** im Monat, abds. 8 Uhr, Monats-Versammlung im **Elysium**, Bismarckstraße. **Der Vorstand.**

Hygienische
Gummiwaren kaufen Sie vorteilhaft im W'haven. Sanitätshaus Gökerstraße 16.

Wir schlossen am 15. d. Mon. den Bund fürs Leben. 9877
H. Belger und Frau.

W. R. G. Koch
Wilhelmshaven
Kaiserstraße 55
Fernruf 1287

Ab Freitag
prima fettes
Roß- u. Füllenfleisch
Fr. Werther Wwe.
Genossenschaftsstraße 7.
Telephon 909.
Filiale Ecke Mühlenweg und Tonndeichstr. [9871

Verein der Kunstfreunde.
Montag, 20. Febr., 8.15 Uhr:
Lichtbilder-Vortrag
Wilhelm Leibl
Dr. Waldmann, Bremen
Werft-Speisehaus

Dienstag morgen 9 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem, mit großer Geduld ertrag. Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter
Antje Dasenbrock
geb. Janßen
im 64. Lebensjahre
Um stilles Beileid bitten [9880
B. Dasenbrock
nebst Kindern und Angehörigen.
Wilhelmsh., Sanderbusch, Rüstring. Cuxhaven, Hamb.
Beerdigung Sonnabend, 18. 2., nchm. 2½ Uhr, von der Leichenh. des Wilhelmshav. Friedhofes aus.

Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule
Mädchen-Mittelschule.

Es können noch Schülerinnen für alle Klassen (3. bis 9. Schuljahr) angemeldet werden, wobei Geburts- und Impfschein und Zeugnisse vorzulegen sind. [9878

Wilhelmshaven, den 16. Februar 1922.
Schnacke, Rektor.

Jugendlich. Arbeiter
von 14 bis 16 Jahren f. meine Konditorei ges.
Krügers Konditorei
Wilhelmsh. Straße 45.

Durch rechtzeitigen günstigen Abschluß
bin ich in der Lage,
reines Maismehl und **Mais**, [9872
Gerstenfuttermehl, Erbsen- und Bohnenfutterstroh, Roggen- u. Haferstroh Häcksel
preiswert anzubieten.
Folkert Wilken,
Brunnenstraße 3.
Telephon 634.
Verkaufsz. bis 6 Uhr ab.

1 P. n. Damenstiefel, Gr. 37, f. 200 Mk. z. v. Genossenschaftsstr. 76, 1r.

Schwere oldenb.
Ferkel
zu verkaufen. 9866
Albrecht, Bremer Str. 17

Wilhelmshavener Liederkranz

Uebermorgen Sonnabend:

Maskenball

in den Räumen des Gesellschaftshauses. Einlaßkarten im Bureau daselbst zu haben.

Gr. Auswahl in Herren- u. Damen-Maskenkost. Kaiserstr. 120, 1 rechts.

Guterhalt. Kinder-Korbwagen zu verk. Zu spr. 5—6 nchm. Blumenstr. 22

Damenrad mit od. ohne Gummi zu kaufen ges. 9856] Friedenstr. 6, II.

Möbl. Zimmer zu verm. Kaiserstraße 170, p. r.

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 40
36. Jahrgang

Beilage.

Donnerstag,
den 16. Februar 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Lohnerhöhung für Reichs- und Staatsarbeiter.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird uns geschrieben: Die in der Nr. 36 der „Republik" vom gestrigen Datum unter obiger Ueberschrift gebrachte Notiz ist leicht dazu angetan, irrtümliche Auffassungen in den Reihen der hiesigen Reichs- und Staatsarbeiter aufkommen zu lassen. Die Frage, inwieweit Ueberteuerungszuschüsse gewährt werden, ist noch nicht vollständig zum Abschluß gekommen, jedoch hat der Reichstag am 1. Februar beschlossen, das sogenannte Silvesterabkommen zwischen Regierung und den Eisenbahnern auch auf die übrigen Reichs- und Staatsarbeiter zu übertragen. Die hierzu noch notwendigen Verhandlungen werden wahrscheinlich dieser Tage zum Abschluß kommen. Um jedoch das Prinzip des Reichstagsbeschlusses vom 1. Februar zu verwirklichen, ferner um die Reichs- und preußischen Staatsarbeiter möglichst rasch in den Genuß dieser Zulagen zu bringen, wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 1. Oktober 1921 sich im Dienste des Reiches bzw. des preußischen Staates befanden, erhalten in denjenigen Orten, wo für die Eisenbahnarbeiter früher schon Ueberteuerungszuschüsse gewährt wurden, einen vorläufigen Vorschuß in Höhe von 360 Mark."

Da an die Eisenbahner in Wilhelmshaven bisher keine Ueberteuerungszuschüsse gewährt wurden, kommt der in der Notiz angeführte Vorschuß von 360 Mark für die hiesigen Reichs- und Staatsarbeiter vorläufig nicht in Betracht. Sobald der Abschluß wegen der Ueberteuerungszulagen mit der Regierung erfolgt ist, werden wir den Kollegen das Resultat in der bisherigen Weise bekannt geben.

Die Sache auf den Kopf gestellt.

Die „Weserzeitung" berichtete am Dienstag über die Hochseefischerei Wilhelmshaven. Sie leitet den Bericht mit folgenden Sätzen ein: „Ende eines Sozialisierungsversuches. Die Wilhelmshavener Hochseefischerei A.-G., die vor noch nicht langer Zeit mit stolzen Segeln in die neuen Gewässer staatlicher und kommunaler Wirtschaft, Form 1918, steuerte, ist im Hafen eingelaufen, nämlich in den Schoß des Großkapitals. Die jüngsten Sanierungsbeschlüsse werden nicht mehr ausgeführt, da sich die Berliner Bleichröder-Gruppe des Unternehmens angenommen hat ...." — Wenn die „Weserzeitung" glauben machen will, als handelt es sich hier um einen sozialisierten Betrieb, so ist das eine grobe Täuschung. Der Einfluß der Städte an diesem gemischtwirtschaftlichen Betrieb war so gering, daß er fast ohne jede Bedeutung war. Im Gegenteil war es das Privatkapital in der Fischerei, das es dahin gebracht hat, daß die Dinge so gelaufen sind. Es war dieser Gruppe nicht um den Aufbau einer Fischerei in den Jadestädten zu tun, sondern man gedachte auf Kosten der Städte ein gutes Geschäft zu machen. Diesem Treiben der Personen, denen die „Weserzeitung" mit ihren Ansichten doch sehr nahesteht, Vorschub zu leisten, hatten die Jadestädte durchaus kein Bedürfnis.

Neues von der Invalidenrente.

Uns wird geschrieben: Durch das am 1. Oktober v. J. in Kraft getretene Gesetz über die anderweite Festsetzung der Beiträge und Leistungen in der Invalidenversicherung ist die Berechnungsart und die Höhe der Renten eine ganz andere geworden. Für die Invalidenrenten gilt folgendes:

Sie setzen sich zusammen aus dem Reichszuschuß, dem Grundbeitrage und den Steigerungssätzen. Sind Kinder unter 15 Jahre vorhanden, so kommen Kinderzuschüsse hinzu. Der Reichszuschuß ist unverändert geblieben; er beträgt jährlich 50 Mark. Der früher schwankende Grundbetrag (60 bis 100 Mark) ist für alle Lohnklassen einheitlich auf 360 Mark jährlich festgesetzt worden. Diese beiden Sätze sind unabänderlich.

Stark beeinflußt wird die Höhe der Rente durch die Steigerungssätze. Die Steigerung beträgt jährlich durch eine Marke der Lohnklasse A (3,50 Mark) — 10 Pf., B (4,50 Mark) — 30 Pf., C (5,50 Mark) — 50 Pf., D (6,50 Mark) — 70 Pf., E (7,50 Mark) — 90 Pf., F (9,00 Mark) — 120 Pf., G (10,50 Mark) — 150 Pf. und H (12,00 Mark) — 180 Pf. Die höheren Beiträge bewirken im Gegensatz zu denen der untersten Lohnklassen eine starke Erhöhung der Rente. 200 Marken der Lohnklasse A im Werte von 700 Mark erhöhen die Rente jährlich um 20 Mark, ebensoviel Beiträge der Klasse H im Werte von 2400 Mark aber um jährlich 360 Mark. Wenn für 700 Mark Beiträge der Lohnklasse H verwendet werden, würde eine Erhöhung der Rente um etwa 105 Mark jährlich stattfinden; Beiträge der Lohnklasse A im Werte von 2400 Mark würden die Rente aber jährlich nur um 70 Mark steigern. Ein gewaltiger Unterschied, der auch die freiwillig Versicherten veranlassen sollte, nach Möglichkeit Marken der höchsten Lohnklasse zu verwenden.

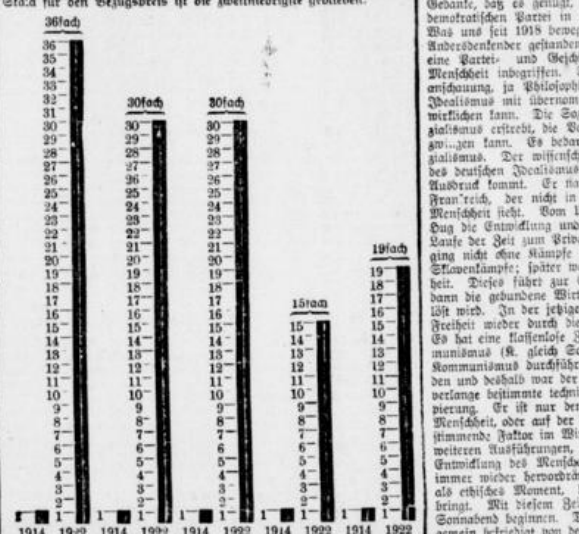
Die Kinderzuschüsse betragen für ein Kind jährlich 96 Mark, für 2 Kinder 168 Mark und für jedes weitere Kind 48 Mark im Jahre mehr.

Da die neuen Beiträge erst im Laufe der Jahre größere Wirkung auszulösen beginnen, ist durch das Gesetz bestimmt, daß bis auf weiteres zu jeder Invalidenrente ein Zuschuß von 600 Mark jährlich gezahlt wird. Die vor dem 1. Oktober 1921 verwendeten alten Beitragsmarken erhöhen die Rente in Lohnklasse I um 3 Pf., in II um 6 Pf., in III um 8 Pf., in IV um 10 Pf. und in V um 12 Pf. jährlich.

Die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bewilligten nackten Renten werden um 70 Mark monatlich erhöht, und zwar bis zum 31. 12. 26. Die bisher gezahlte Zulage von 30 und die Beihilfe von 40 Mark kommt in Fortfall.

Preiserhöhung von 1914 bis 1922.

Die folgende graphische Darstellung gibt ein anschauliches Bild über die Verteuerung des Zeitungsbetriebes seit 1914. Die Skala für den Bezugspreis ist die zweitniedrigste geblieben.



Diese fünf Säulen müssen jeden Leser zu der Einsicht bringen, daß der erhöhte Bezugspreis mehr als berechtigt war. Ja, daß für die Zukunft neue Erhöhungen desselben nicht ausbleiben können.

Regelung der Wohnungssteuer.

Eine für Hausbesitzer und Mieter sehr bedeutsame Aenderung bringt der soeben erschienene Gesetzentwurf zur Aenderung des Wohnungssteuergesetzes. Ueber die Zahlung der Wohnungssteuer wird folgendes bestimmt: Der zur Zahlung der Wohnungssteuer Verpflichtete kann von dem Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Gebäudeteile des steuerpflichtigen Grundstücks die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnis verlangen, in dem der Nutzungswert der von ihm benutzten Teile zu dem Nutzungswert des gesamten steuerpflichtigen Grundstücks steht. Im Streitfalle entscheidet das Mieteinigungsamt. In Konsequenz dieser Bestimmung wird dann vorgeschrieben, daß dem Mieter ebenso wie dem Hausbesitzer Steuererlaß gewährt werden kann, und zwar bei Vorliegen besonderer Umstände, vor allen Dingen aber, wenn sein steuerbares Jahreseinkommen für das der Veranlagung vorhergehende Jahr 20 000 Mark nicht übersteigt. Die Entscheidung erfolgt durch das Ministerium der Finanzen.

Damit hat die heiß umstrittene Frage der Wohnungssteuer eine Lösung gefunden, die allen Interessenten so weit wie möglich gerecht wird.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 16. Februar.

Vortrag des Genossen Hug. Am kommenden Sonnabend findet im Kuhsimmer des Rathausrestaurants (Hilgenstöhler) der zweite Vortrag des Genossen Hug über die Geschichte des Sozialismus statt. In seinem ersten Vortrage behandelte Genosse Hug die Zeit bis zum Beginn des Christentums. Er knüpfte an das an, was uns die Umwälzung im Jahre 1918 gebracht hat. Die politischen Erfolge haben nicht die Möglichkeit des Sozialismus gebracht, sondern die sozialen Probleme müssen erst noch gelöst werden. Der Gedanke, daß es genügt, wenn man das Mitgliedsbuch der sozialdemokratischen Partei in der Tasche habe, müsse beseitigt werden. Was uns seit 1918 bewegt, hat bereits früher im Brennpunkt auch Andersdenkender gestanden. Sozialismus ist eine soziale Bewegung, eine Partei- und Geschichtslehre, die Entwicklungsgeschichte der Menschheit inbegriffen. Sozialismus ist Kultur, ist eine Weltanschauung, ja Philosophie. Er habe ein Teil des bürgerlichen Idealismus mit übernommen, den dieses Bürgertum niemals verwirklichen kann. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die den Sozialismus erstrebt, die Verwirklichung aber im Tageslauf nicht erzwingen kann. Es bedarf dazu die geistige Erfassung des Sozialismus. Der wissenschaftliche Sozialismus nahm das Bleibende des deutschen Idealismus, wie es bei Kant, Hegel und Fichte zum Ausdruck kommt. Er nahm aber auch den Materialismus von Frankreich, der nicht in überirdischen Kräften den Schöpfer der Menschheit sieht. Vom Urkommunismus ausgehend, schilderte Gen. Hug die Entwicklung und legte dar, wie sich der Allgemeinbesitz im Laufe der Zeit zum Privatbesitz umbildet. Diese soziale Umformung ging nicht ohne Kämpfe vor sich. Wir finden sie im Altertum, Sklavenkämpfe; später werden es Kämpfe um die bürgerliche Freiheit. Dieses führt zur Errichtung von Organisationen, wie finden dann die gebundene Wirtschaft, die von der freien Wirtschaft abgelöst wird. In der jetzigen Zeit aber sehen wir, daß die individuelle Freiheit wieder durch die Trust- und Kartellbildung abgelöst wird. Es hat eine klassenlose Zeit gegeben, das war die Zeit des Urkommunismus (K. gleich Sozialismus). Auf dieser Stufe war der Kommunismus durchführbar. Später ist dieser Zustand verschwunden und deshalb war der Kommunismus nicht durchführbar. Dieser verlange bestimmte technische Grundlagen und gesellschaftliche Gruppierung. Er ist nur denkbar auf der untersten Kulturstufe der Menschheit, oder auf der höchsten, in welcher der Großbetrieb der bestimmende Faktor im Wirtschaftsleben ist. Gen. Hug zeigte in seinen weiteren Ausführungen, wo und unter welchen Formen sich in der Entwicklung des Menschen der sozialistische Gedanke zeigt. Wie er immer wieder hervordrängt, sei es als wirtschaftlicher Faktor oder als ethisches Moment, bis an die Wende, die das Christentum bringt. Mit diesem Zeitpunkt wird Gen. Hug am kommenden Sonnabend beginnen. Die Teilnehmer an dem Vortrag waren allgemein befriedigt von der Art, wie Gen. Hug den Stoff behandelte, und somit ist anzunehmen, daß auch der zweite Vortrag dieselbe Zahl wieder vereinigt. Die zwar ganz kurz zusammengefaßte Wiedergabe des ersten Vortrages gibt die Möglichkeit, daß auch noch an den weiteren Vorträgen die Interessenten teilnehmen können, die am vorigen Abend verhindert waren. Wir verweisen die Genossen nochmals auf die Gelegenheit, sich mit dem Wesen des Sozialismus vertraut zu machen.

pr. Wohlfahrtswesen. Die neugewählte Armenkommission hält Freitag nachmittag 5.30 Uhr im Rathause Wilhelmshavener Straße ihre erste Sitzung ab.

pr. Lessingfeier. Am gestrigen Abend schloß Direktor Bortfeldt aus Oldenburg im hiesigen Realgymnasium seine interessante und genußreiche Vortragsfolge über die Literaturgeschichte von Luther bis Lessing mit einer kleinen Gedenkfeier unseres großen literarischen

Krämer und Seelen.

Ein deutscher Großstadtroman von Johannes Thummerer.

13) Nachdruck verboten.

Ich möchte all dies nicht, ich könnte darauf verzichten! entschied des Knaben kindliche Philosophie, — wenn ich nur meine kleine Stube habe und Mama immer bei mir wäre! Er stand immer noch am Rande der Straße in der hohen Häuserschlucht. Die Leute schoben und drängten ihn hin und her. Er achtete es nicht. Seine Augen glitten suchend und sinnend über das Menschengewässer hin. Plötzlich tauchte ein ihm bekannter Kopf auf: Pauline. Jäh war der Knabe durch ihren Anblick aus seinen Gedanken herausgerissen, und ebenso jäh war das Gesicht verschwunden. Sie muß schon vorbei sein, entschied er blindlings und stürzte in die Richtung, wo er ihr Gesicht bemerkt hatte. Mit rudernden Armen teilte er die Menge, drängte sich vor, starrte erhitzt und fiebernd in fremde Gesichter. Die Menge wogte weiter, schob ihn bald nach rechts, bald nach links und dabei langsam vorwärts. Verworren erwog der Knabe, was er Frau Kirmse alles fragen wollte, warum sie fort sei von ihrem Manne ... und entschied sofort mit dem Instinkt gut erzogener Kinder, daß er sie das nicht fragen dürfe ... Er hoffte dann ihre Wohnung zu erfragen, und wie es ihren Kindern gehe, und wollte erzählen, daß seine Eltern übersiedelt seien, daß sie jetzt in einer großen breiten Straße wohnten, viel schöner als früher, aber die enge Straße sei ihm trotzdem lieb geworden, weil es da viel mehr zu sehen gab ... und es möge ihn darum auch immer wieder dorthin. Aber, daß er Herrn Kirmse nun oft mit einer großen fremden Frau im Leben ziehen gesehen habe ... und wie schön Herr Kirmse zu ihr tue, das wollte er nicht erzählen ...

Hilflos trieb er in dem Menschenstrudel, matter und matter werden, und immer nach Frau Kirmse ausspähend, und sah schließlich das Vergebliche seines Bemühens ein. Eine Weile stand er still, erwog dunkel, wie häßlich diese Straßen waren mit ihren vielen Menschen, die es einem unmöglich machten, jemanden zu finden, den man suchte. Sein Gesicht verzog sich zum Weinen. Hilfloser Kinderzorn kochte in ihm hoch. Die Fäustchen geballt, mit verbissenen Lippen, stürzte er sich erneut in die Menschenflut, wollte sie wie ein starker Schwimmer zerteilen, aber schon nach zwei Schritten stand er wiederum wehrlos, kraftlos, eingekeilt in der Menge, wurde gestoßen, gedrängt und geriet in einen Knäuel Gaffer, die sich um einen Ausrufer scharten. Wie ein Ertrinkender warf er mit einem krampfhaften Ruck den Kopf hoch und sah mit fiebernden Augen einen Augenblick nichts als ein fernes Endchen hellen Großstadthimmel, das über den düstern Mauern wie eine lichte Fahne hing. Und als sei ihm das Endchen Himmel Wegweiser und Rettung, drängte er sich mit einer letzten Anstrengung aus dem Menschengewühl heraus und schlich die Häuserwand entlang traurig heim.

Pauline war ihm von nun ab etwas wie ein Sinnbild, eine Verkörperung des Lebens der anderen, das ihm dunkel war und voller Geheimnisse. In dem Gesicht der einen Frau verdichtete sich die Menge, die blindlings durch die Straßen wogte, die Zielen nachging, die er nicht kannte; die arbeitete, wie die Buchhalter, die Kontorburschen, Markthelfer, Aufwartefrauen zu Hause und im Geschäft seines Vaters. Wenn er die abends krumm, müde, bleich aus dem Tor des Hauses treten sah, dann dachte er an Pauline und überlegte: nun tritt sie sicher ebenso irgendwo aus einem Hause. Wenn er eine Frau mit Kindern sah, dachte er: nun geht vielleicht Frau Kirmse ebenso mit ihren Mädchen. So war sie ihm eine Zeitlang eine Gestalt fast wie aus einem Märchen, sie beschäftigte dauernd seine Phantasie, bis sie mählich ins Unterbewußtsein sank, aus dem sie freilich immer wieder auftauchen sollte.

8.

Freudig, ja fast übermütig hatte sich Pauline am selben Nachmittag in die Menschenflut gewagt. Sie kannte ja den Metzbetrieb schon von früheren Jahren her ein wenig. Da hatte sie aber zumeist im Geschäft bleiben müssen, und auf seine nächtlichen Vergnügungsreisen hatte sie Niklas nie mitgenommen. Nun war es ihr fast wie ein Zeichen ihrer hart errungenen Freiheit, daß sie an diesem Abend tun und lassen konnte, was sie wollte, während sie sonst bis spät in die Nacht hinein hatte arbeiten müssen. Und um dieses Gefühls der Freiheit willen setzte sich in ihr fast entgegen ihrer sonstigen Sparsamkeit etwas wie trotzige Entschlossenheit fest, sich einmal gründlich auszuleben. Die Kinder hatte sie ihrer Wirtin übergeben und wußte sie so in guter Obhut. Verdient hatte sie auch in diesen Tagen genug, so daß sie sich schon eine kleine Verschwendung leisten zu können glaubte. Ueber zwei Stunden bis gegen Ladenschluß schod sie sich mühsam durch das Gedränge, trete durch ein paar Metzgerläden, stand vor Hunderten von Schaustellungen und freute sich, als sei all der aufgestapelte Reichtum der ihre. Als sich dann der Hunger meldete, beschloß sie, ein Restaurant, einen in einer Seitengasse der Hauptstraße gelegenen Bierkeller mit Kostbetrieb aufzusuchen. In dem großen, rauchgeschwängerten Raum, in dem die elektrischen Glühbirnen wie von vielen grauen Schleiern umwoben starrstrahlend hingen, fand sie sich nur schwer zurecht. Nach langem Suchen an vollbesetzten Tischreihen vorbei entdeckte sie endlich in einer Nische einen kleinen Eektisch, an dem noch ein Platz frei war.

Durch dieses Hin- und Herirren inmitten eines Schwarms von Metzonkeln, Familien, die vergeblich gleich ihr eine passende Sitzgelegenheit suchten, und zum Zug umherstazierender junger Burschen fiel Pauline als Frau ohne Begleitung auf. Viele neugierige Blicke folgten ihr. Man mochte sie für eine abenteuerlustige junge Witwe halten. Pauline, ganz beschäftigt mit dem Ausspähen nach einem freien Platz, ahnte gar nicht, daß sie Aufmerksamkeit erregte. Sie wußte auch nicht, daß sie sich ganz fesch ausnahm in ihrem dunkelgrünen, ziemlich gut erhaltenen Kostüm, das sie sich man von einer Trödlerin gekauft hatte ... und daß ihr der schwarze Velourhut, den sie auch von dem Ertrag ihrer „Metzgeschäfte" erworben hatte, gut zu Gesicht stand. Die Wangen glühten ihr vor Eifer, ihre Stirn war jugendlich straff und der kindlich frohe Glanz ihrer blauen Augen und das volle weiche Haar ließen sie, zumal in der alle Schatten löschenden Helligkeit des elektrischen Lichts, jünger erscheinen als sie war. Sie hielt sich nicht lange auf. Die Luft in dem überfüllten Raum war ihr zu rauchig. Die Augen schmerzten sie alsbald, und der grelle Lärm der Streichmusik, die einen Marsch nach dem andern in einem wüsten Tempo herunterspielte, das schon mehr von einem klapprigen Musikautomaten als von einem Orchester zu kommen schien, stieß ihr ungeschultes, aber natürliches Empfinden ab. Sie aß eine Kleinigkeit und fühlte sich dabei von den Blicken ihrer beiden Tischnachbarn, einem kleinen dicken Manne und seiner Ehegesponsin, gestört, die schon, während sie die Speisenkarte studierte, ihre Blicke an ihr festgehakt hatten, nach dem Preise des bestellten Gerichts ihre Geldverhältnisse abschätzten und ihr nun, jeder Bewegung folgend, mit den Augen die Brocken von Teller und Gabel wegfraßen, trotzdem sie sich, nach dem ewigen Geschmatz und Gewebe ihrer Zungen zu urteilen, schon ausgiebig gesättigt hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Notizen. Die Zentral-Sowjetregierung hat, so wird aus Moskau gemeldet, die Einführung des Meter-Maßes mit sofortiger Wirkung gesetzlich angeordnet. — Der Schillerpreis, dessen Jury Gerhart Hauptmann, Hans Pfitzner, Hch. Littenstein, Theodor Däubler, Artur Cloeßer, Julius Petersen und Max Reinhardt angehören, ist, obwohl seit 10. November vorigen Jahres fällig, erst jetzt von der genannten Kommission Fritz v. Unruh für seine Tragödie „Ein Geschlecht" und Reinhard Göring für seine „Seeschlange" zu gleichen Teilen zuerkannt worden. — In der sequestrierten deutschen Villa Günther in Gardone am Gardasee ist eine bedeutende Bibliothek entdeckt und beschlagnahmt worden. Darunter befinden sich etwa 1000 Bände und Handschriften aus dem 14. Jahrhundert und Tausende von Pergamenten aus der Zeit Dantes bis zur Renaissance.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Bücherei der Jadestädte.

(Ausschneiden und aufbewahren.)

IV.

Sinclair: Jimmie Upton. Roman.
Smidt: Admiral de Ruyter. Marine-Roman. Mit Bild. Bd. 1—2.
Sohnrey: Der Bruderhof. Dorfroman.
— Herzen der Heimat. Geschichten aus Groß-Berlin und kleinen Dörfern.
— Fürs Herzbluten. Dorfjugendgeschichten.
Sonnleitner, A. Th.: Die Höhlenkinder im heimlichen Grund.
— Die Höhlenkinder im Pfahlbau.
— Die Höhlenkinder im Steinhaus.
Speck, G.: Eynars Töchter. Roman.
Speckmann: Neu-Lohe. Erzählung.
Sperl: Der Archivar. Roman aus unserer Zeit.
Stanley, H. M.: Wie ich Livingstone fand. (Reisen und Abenteuer 5.)
— Im dunkelsten Afrika. (Reisen und Abenteuer 10.)
Stavenhagen: Grau und Golden. Hamburger Geschichten und Skizzen.
Stehr, H.: Lebensbuch. Gedichte aus zwei Jahrzehnten.
Steinhausen, G.: Der Aufschwung der deutschen Kultur vom 18. Jahrhundert bis zum Weltkrieg.
Stenglin, F. Frhr. v.: Klostersommer. Eine heitere Geschichte.
Stockhausen, J. v.: Das große Leuchten. Roman aus dem schwäbischen Bauernkriege.
— Brennendes Land. Der Roman des Barock in der Pfalz.
Stoeßl: Das Haus Erath. Roman.
Stratz: Das Licht vom Osten. Roman.
— Das Schiff ohne Steuer. Roman.
Strauß, E.: Der Spiegel. Novelle.
Strobl: Gespenster im Sumpf. Ein phantastischer Wiener Roman.
Storm, Theodor: Briefe an seine Frau. Hrsg. v. Gertrud Storm. 1915.
— Briefe an seine Kinder. Hrsg. v. Gertrud Storm. 1916.
— Briefe an seine Freunde Hartmuth Brinkmann und Wilhelm Petersen. Hrsg. v. Gertrud Storm. 1917.
Sudermann: Das deutsche Schicksal. Eine vaterländische Dramenreihe. Inh.: Heilige Zeit. Szenische Bilder in vier Akten und einem Nachspiel. Opfer. Schauspiel in vier Akten. Notruf. Drama in fünf Akten.
Supper, A.: Der Weg nach Dingsda. Erzählungen.
Tamm: Die zwei Nationen. Roman.
— Geert Holdts Brautschau. Roman.
Tanzmann, B.: Der deutsche Prophet. Dichtung.
Thieß, F.: Der Tod von Falern. Roman.
Thoma, H.: Im Winter des Lebens. Aus acht Jahrzehnten gesammelte Erinnerungen.
Thoma, L.: Der Jagerloisl. Eine Tegernseer Geschichte.
Thoma, L.: Der Ruepp. Roman.
Thompson, Seton: Prärietiere und ihre Schicksale. Mit Bild.
— Tierhelden. Die Geschichte einer Katze, einer Taube, eines Luchses, eines Hasen, eines Hundes, zweier Wölfe und eines Renntiers. Mit Bildern.
— Tiere der Wildnis. Mit Bildern.
— Rolf, der Trapper. Mit Bildern.
— Monarch, der Riesenbär. Mit Bildern.
— Domino Reinhard. Die Lebensgeschichte eines Silberfuchses. Mit Bildern.
Thummerer: Kramer und Seelen. Ein deutscher Großstadtroman.
Tolstoi: Volkserzählungen.
Tremel-Eggert: Die Rotmansteiner. Roman aus dem Frankenland.
Uhlmann, W.: Die rote Erde. Ein Heimatbuch für Westfalen. Mit Bildern.
Ulitz: Ararat. Roman.
Unger, H.: Morells Milliarden. Roman.
— Schnurpels. Roman.
Usthal: Weh dir, daß du ein Deutscher bist! Roman aus deutschen Drangsaltagen.
Viebig: Das rote Meer. Roman.
Voigt-Diederichs, H.: Abendrot. Aus dem schleswigschen Volksleben.
Wagner, H.: Tobias Heftnagel. Roman.
— Schießl. Roman eines Gauners.
Waser M.: Von der Liebe und vom Tod. Novellen aus drei Jahrhunderten.
Wegener, G.: Erinnerungen eines Weltreisenden. (Reisen und Abenteuer. 11.)
Weigand, W.: Wunnihun. Eine Roman-Arabeske mit einer Vorgeschichte.
Wenck, L.: Das singende Meer. Novelle.
Wentscher: Freiheit. Eine Preußenjugend. Erzählung.
Wette, H.: Krauskopf. Roman.
Wilhelm, H.: Werden. Eines Volkes Auferstehung. Roman.
Wilhelmshaven: Ein Gedenkblatt an die Einweihung von Wilhelmshaven am 17. Juni 1869.
Wriede: Der Mann im Sturm. Roman von der Niederelbe.

Reformators und Kämpfers Gotthold Ephraim Lessing, dessen Todestag sich gestern jährte. Lessing starb am 15. Februar 1781. Direktor Vortfeldt rezitierte in der zweiten Stunde des Abends Lessings Geist und zeigte ihn seinen Hörern als Menschen und Kämpfer. Der Vortragende erntete lebhaften Beifall. Im nächsten Jahre wird Direktor Vortfeldt das Dreigestirn Herder-Schiller-Goethe behandeln. — Am 24. Februar beginnt Studienrat Dr. Modick mit seinem Lehrgang „Weltanschauung und Philosophie“ und am 7. März Studienrat Bindel seine wissenschaftlichen Experimentalvorträge über die Erde im Weltall an Hand eines astronomischen Universalapparates.

Verhandlungen über ärztliche Gebühren. Zwischen den Krankenkassen und der Aerzteschaft finden in diesen Tagen Verhandlungen wegen Erhöhung der ärztlichen Gebühren statt. Bislang ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Krampfaderbildung durch Strumpfbänder. Schon vor dem Kriege, jetzt aber viel mehr durch die Verteuerung des Gummis, sehen die Aerzte tagtäglich Männer und besonders Frauen mit fest um das Bein herumgewickelten Strumpfbändern, teils aus Gummi, jedoch meistens aus Band oder Schnur usw. Immer kann man eine tiefe, nur langsam verschwindende Einschnürung an der Stelle des Bandes vorfinden. Darunter sind die oberflächlich liegenden Blutgefäße sehr erweitert und prall gefüllt. Nur die wenigsten, die diese Bänder tragen, machen sich klar, daß sie sich für ihr ganzes Leben schädigen. Während der Zufluß des Blutes in den tiefer liegenden Schlagadern in keiner Weise gestört wird, wird der Abfluß in den oberflächlich liegenden Blutadern ganz erheblich gehindert. Es kommt zu einer Blutstauung und zu einer Erweiterung der Blutgefäße (Krampfaderbildung). In der Umgebung solcher Krampfadern bilden sich häufig sehr schmerzhafte und nur schwer heilbare Geschwüre. Es kann nicht genug vor solchen „Strumpfbändern“ gewarnt werden. Zu empfehlen sind nur nach aufwärts verlaufende, dehnbare Bänder, die an einem Leibchen usw. befestigt werden. Schon bei den Kindern achte man darauf, denn ein eingetretenes Uebel ist kaum mehr gut zu machen.

+ **Schöffengerichtssitzung in Rüstringen am 14. Februar 1922.** Die Ehefrau Agnes W. in Rüstringen hatte wegen Unterschlagung einen Strafbefehl über 200 Mark erhalten. Auf ihren hiergegen eingelegten Einspruch wurde sie freigesprochen. — In der Strafsache gegen die Witwe Anna R. in Rüstringen wegen Uebertretung der Paragraphen 1 und 10 des Statuts betr. Abfuhrwesen der Stadt Rüstringen nahm die Angeklagte ihren Antrag auf richterliche Entscheidung gegen die polizeiliche Strafverfügung zurück. — Der Haussohn Karl B. in Plaggenburg verkaufte im Herbst 1921 verschiedenen Rüstringer Bürgern je ein Fuder Torf für den Preis von 450, 412,50 und 370 Mk. mit der Versicherung, daß das Fuder über 30 Zentner enthalte, während es in Wirklichkeit nur etwa 13 Zentner enthielt. Durch Strafbefehl wurde wegen Betruges eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen und 4000 Mark Geldstrafe festgesetzt. Auf den Einspruch des Angeklagten wurde die Strafe auf 3000 Mark ermäßigt. — Der Kraftwagenführer Andreas K. in Wilhelmshaven hatte einen Strafbefehl über 100 Mark erhalten, weil er einen Kraftwagen geführt hatte, dessen Kennzeichen nicht mit dem Dienststempel der Polizeibehörde versehen waren. Auf seinen hiergegen eingelegten Einspruch wurde die Strafe durch Urteil bestätigt. — Das Kontrollmädchen Paula F. entwendete dem Kassierer B. am 30. September 1921 eine Brieftasche mit 700 Mark barem Geld, einigen Visitenkarten und einer Anzahl Rechnungen. Durch Strafbefehl wurde wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von 1 Monat festgesetzt. Auf den eingelegten Einspruch wurde die Strafe durch Urteil bestätigt. — Wegen Uebertretung des Kraftfahrzeuggesetzes hatte der Kraftwagenführer Heinrich L. in Rüstringen einen Strafbefehl über 150 Mark erhalten. Auf seinen Einspruch wurde die Strafe auf 300 Mark erhöht. — Der Dreher Adolf F. in Rüstringen hatte am 18. November 1921 von den Deutschen Werken 25 Pfund Lagermetall im Werte von 2250 Mark entwendet und sich dem Polizeiwachtmeister gegenüber, der ihn anhielt, bei Feststellung seiner Personalien eines ihm nicht zukommenden Namens bedient. Durch Strafbefehl wurde eine Gefängnisstrafe von drei Wochen und eine Geldstrafe von 60 Mark festgesetzt. Im Hauptverhandlungstermin nahm er seinen eingelegten Einspruch zurück und wurde auf seinen Antrag die Freiheitsstrafe in Geldstrafe umgewandelt und auf eine Geldstrafe von 600 Mark erkannt. — Wegen Einbruchsdiebstahls waren die Arbeiter Ommo H., der Kutscher August W., beide zurzeit hier in Haft, und der Arbeiter Otto R. in Rüstringen angeklagt. In der Nacht vom 27. zum 28. Dezember 1921 stieg der Arbeiter Otto R. in das Backhaus und in die Scheune des Landwirts Robert O. in Altengroden ein, nachdem er vorher einige Dachziegel davon entfernt hatte. Durch die von ihm geöffneten Türen ließ er den Arbeiter H. ein und beide entwendeten drei Gänse, zwei Bettbezüge, zwei Bettlaken, einen Kopfkissenbezug, drei Schürzen und vier Handtücher. In der Nacht zum 3. Januar 1922 entfernte der Angeklagte R. einige Dachziegel von der Scheune des Landwirts Theodor Th. in Fedderwardergroden, stieg in die Scheune und ließ die Angeklagten H. und W. durch die von ihm geöffnete Tür ein. H. brach hierauf mit einem Wagenschlüssel die Windfangtür der Wohnung des Th. auf, wodurch alle drei Angeklagten in die Küche gelangten, aus der sie Speck, Schinken und Würste im Gesamtwerte von 3—4000 Mark entwendeten und den Raub untereinander verteilten. Als H. am 3. Januar 1922 von dem Polizeiwachtmeister A. bei Fortschaffung der gestohlenen Sachen festgenommen wurde, bot er dem Polizeiwachtmeister die Hälfte der Sachen an, damit er den Diebstahl verschweige. Der Angeklagte H. erhielt wegen zweier Einbruchsdiebstähle und wegen Beamtenbestechung neun Monate Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft; der Angeklagte W. erhielt wegen eines Einbruchsdiebstahls eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft; der Angeklagte R. wegen zweier Einbruchsdiebstähle eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. — In der Privatklagesache des [illegible]schmiedes Reinhard K. in Rüstringen gegen die Witwe Hedwig St. in Rüstringen wegen Beleidigung wurde die Privatbeklagte zu einer Geldstrafe von 50 Mark und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Auf die Widerklage wurde der Privatkläger von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. — In der Privatklagesache des Ingenieurs Eduard St. in Mariensiel gegen die Witwe Anna L. in Woburg a. d. Donau wurde die Privatbeklagte wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. — Eine empfindliche Strafe zogen sich beide Parteien in der Privatklagesache des Kesselschmieds Jakob D. und dessen Töchter Emma und Erna in Rüstringen gegen den Schuhmacher Reiner H. und dessen Sohn Theodor in Rüstringen zu. Wegen einer Schlägerei mit den Privatbeklagten hatten die Privatkläger Klage wegen Körperverletzung erhoben. Die Beklagten wegen derselben Straftat Widerklage gegen Jakob D. und Emma D. Der Angeklagte Reiner H. erhielt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung 500 Mark Geldstrafe hilfsweise 5 Tage Gefängnis; der Angeklagte Theodor H. wegen Beleidigung und gemeinschaftlicher Körperverletzung 550 Mark Geldstrafe hilfsweise 5 Tage Gefängnis; der Privatkläger Jakob D. wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1050 Mark Geldstrafe hilfsweise 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Privatklägerin Emma D. wurde von der Widerklage der Körperverletzung freigesprochen.

Wilhelmshaven, 16. Februar.

Steuererklärungen. Vom Finanzamte wird uns geschrieben: Die Formulare für die in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März abzugebenden Einkommensteuer- und Kapitalertragsteuererklärungen werden den Steuerpflichtigen in den nächsten Tagen zugestellt. Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Kalenderjahre 1921 ein Einkommen von nicht mehr als 24 000 Mark gehabt haben, brauchen eine Erklärung nicht abzugeben, es sei denn, daß sie durch die Zustellung von Formularen dazu aufgefordert werden. Steuerpflichtige, die bis Ende Februar nicht im Besitze von Steuererklärungsformularen sind, werden gebeten, sich diese auf dem Finanzamte, Zimmer 9, geben zu lassen.

Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Unter dieser Stichmarke beschäftigt sich das „Hamburger Fremdenblatt“ mit der von uns vor kurzem erwähnten Schrift des Werftangestellten Petersen. Das Blatt schreibt: „In einer kleinen, unter diesem Titel im Verlag der Zeitschrift Schiffbau, Reinhold Krauß K.-G., Berlin, erschienenen Schrift macht Ferd. Petersen, Angestellter der Reichswerft Wilhelmshaven, Vorschläge für die Zukunft unserer Reichswerften, die so ziemlich jedes Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge vermissen lassen. Mit der ungünstigen Finanzlage des Reichs und der unübersehbaren Zukunft der Jadestädte Wilhelmshaven und Rüstringen wird die Forderung nach Schaffung einer Reichshandelsabteilung begründet, die sich mit Warenhandel, mit Werftbetrieb und Handelsschiffahrt beschäftigen soll. Es lohnt nicht, auf die bis ins Einzelne gehenden Vorschläge für Schaffung einer Reichshandelsmarine, für den staatlichen Ueberseehandel einzugehen. Nur der Kuriosität halber, wie sich in manchen Köpfen die Welt malt, sei auf die Schrift hingewiesen.“ — Wir finden hierin unsere Auffassung in allem bestätigt.

Baubeihilfen durch die Gemeinden. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt der Minister für Volkswohlfahrt über die Gewährung von Baubeihilfen durch die Gemeinden ohne Beteiligung des Staates, daß diese Beihilfen nur dann gewährt werden dürfen, wenn die Wohnungen nach Größe, Anordnung, Raumzahl, Raumhöhe und Ausstattung die notwendigen Anordnungen nicht überschreiten. In erster Linie sollen Flachbauten mit hinreichendem Gartenland berücksichtigt werden. Bauten mit mehr als drei Geschossen sind nur dann zu unterstützen, wenn sie zur Ausfüllung von Baulücken dienen. Für Behelfs- und Notwohnungen dürfen Beihilfen nicht gewährt werden. Bei Wohnungen, die in erster Linie Arbeitern und Angestellten bestimmter Arbeitgeber zugute kommen, kann eine Beihilfe von der Beteiligung des Arbeitgebers an der Aufbringung des unrentierlichen Teiles der Herstellungskosten der Wohnungen abhängig gemacht werden. Die Mieten sind alle fünf Jahre, wenn nicht schon vorher dazu Anlaß ist, nachzuprüfen und erforderlichenfalls neu festzusetzen. Die Beihilfe kann jederzeit (auch in Teilzahlungen) zurückgezahlt werden.

Von der Eisenbahn. Für die Aufbewahrung von Fahrrädern gibt die Eisenbahn seit dem 1. Februar Zeitkarten für die Dauer der Gültigkeit der Fahrkarten aus, und zwar an Inhaber von Monatskarten und Schülermonatskarten zum Preise von 21 Mk., an Inhaber von Wochenkarten zum Preise von 6 Mk. Die Gefahr eines zweiten Eisenbahnerstreiks, von dem in den letzten Tagen vielfach die Rede war, ist, wie man uns versichert, behoben worden. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß der Eisenbahnbetrieb vor weiteren Erschütterungen bewahrt bleibt.

Wiedergefunden. Ein gestohlenes Gespann wurde in den letzten Tagen in Osternburg ermittelt. Es war vor einigen Wochen in Wilhelmshaven entwendet worden und schon in dritte Hand übergegangen. Derjenige, in dessen Besitz es angetroffen wurde, hatte es gutgläubig erstanden. Es wurde dem rechtmäßigen Besitzer wieder zugeführt.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. Donnerstag, Freitag, Sonnabend finden die letzten Vorstellungen von „Rosenmontag“ statt. Sonntag wird zum ersten Male das dreiaktige Lustspiel „Das Konzert“ von Hermann Bahr gegeben, Sonntag nachmittags 4 Uhr die letzte Aufführung des Schwanks „Die Rutschbahn“ zu halben Preisen.

Verein der Kunstfreunde. Am Montag den 20. Februar, 8.15 Uhr abends, veranstaltet der Verein im Werftspeisehause einen Lichtbildervortrag über Wilhelm Leibl. Der Vortragende, Dr. Waldmann, Direktor der Kunsthalle in Bremen, ist ein ausgezeichneter Kenner Leibls. Den hiesigen Kunstfreunden dürfte dieser Vortrag recht willkommen sein.

Aus dem Lande.

Tettens. Bubenstreiche. Dem Gastwirt Anton Reiners in Wichtens sind in seiner Gaststube mehrere Fenster beschädigt und 14 Fensterscheiben anscheinend durch mehrere Personen zertrümmert worden.

Nordenham. Genau wie früher. Am Montag abend wollte die Deutsche Volkspartei einen Vortrag in Hupes Kino stattfinden lassen. An allen vorhandenen Straßenecken standen in Trupps die Gendarmerie und Sipo verteilt. Sollte das Aufmarschieren des Polizeiaufgebots Provokation der Arbeiterschaft sein — oder hatte man Sorge, daß die Mitglieder der Volkspartei durch den Vortrag des Hauptmanns Brandes derart kriegerisch veranlagt würden, daß sie nach Schluß oder während des Vortrages Attacken oder ähnliche Dinge unternehmen würden? — Die ganze Veranstaltung ging aus wie das Hornberger Schießen, der Referent war nicht erschienen, die Besucher des Vortrages gingen wieder nach Hause, die einsichtigen Bürger grinsten stillvergnügt über das große Polizeiaufgebot und sehr viele Leute zerbrechen sich den Kopf darüber, warum die Polizei der ganzen Umgebung aufmarschierte.

Einswarden. Hoffmanns Rote Sänger. Die USP. hatte hier einen Unterhaltungsabend veranstaltet. Es waren wirklich Stunden voller Humor. Ein Schimpfen wie früher auf die MS. und ihre Führer fehlte auf dem Programm. Der Besuch hätte besser sein dürfen. Das hätte sich aber vielleicht auch erreichen lassen, wenn hier beide sozialistischen Parteien die Veranstalter derartiger Abende würden.

Delmenhorst. Ein eigenartiger Unglücksfall. Auf dem Bahngleis des Ueberganges an der Mühlenstraße stürzte eine hochtragende Kuh. Das Tier war nicht so schnell wieder hochzubringen, und da der gerade einlaufende Eilgüterzug nicht mehr zum Halten gebracht werden konnte, mußte der Führer zusehen, wie das wertvolle Tier von den Rädern zermalmt wurde. Die Kuh hatte zwei Kälber bei sich. Das eine Tierchen ist wunderbarerweise am Leben geblieben. Angeblich sollte die Kuh erst im März kalben.

Leer. Vom Treibriemen erfaßt und getötet. Ein bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich im Betriebe des Garrelsschen Holzsägewerks. Der 15jährige Haan aus Esklum war dem Hobler W. zur Hilfeleistung zugeteilt. Plötzlich wurde der Bursche von dem Treibriemen erfaßt und zu Tode geschleudert. Irgendeine Erklärung dafür, wie der Verunglückte in eine so gefahrvolle Lage kommen konnte, kann nicht gegeben werden.

Dornumergrode. Explosionsunglück. Ums Leben gekommen ist der Schmiedemeister Johann Ammermann von hier. A. war damit beschäftigt, einen Karbidbehälter seiner Karbidhausbeleuchtung instand zu setzen, als dieser plötzlich explodierte und dem Beklagenswerten einen Teil seiner Schädeldecke abriß. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Arbeiter-Jugend Rüstringen.

Heute Donnerstag, Gruppe Siebethsburg und Bant: Vortrag in der Baracke über „Jugend und Wandern“. Freitag abend von 6—7½ Uhr ist die Bibliothek und das Lesezimmer geöffnet. Abends 8 Uhr: Mädelabend. Um 7½ Uhr findet im Parteibureau eine Bezirksführer-Sitzung statt. Hierzu wird bemerkt, daß die Abrechnung für 1921 unbedingt erledigt werden muß. Ferner werden die Bezirksführer gebeten, alle übriggebliebenen Jugendzeitungen von 1921 zurückzugeben. Sonnabend, 7 Uhr abends: Zusammenkunft der Vorstandsmitglieder bei König, Kirchreihe.

Am Sonntag den 19. d. M.: Urwaldwanderung. Abfahrt 6.54 Uhr Wilhelmshaven. Fahrt bis Ellenserdamm, desgl. von dort Rückfahrt. Das Fahrgeld (4 Mk.) ist bis heute abend beim Führer W. König zu entrichten. — Nachmittagswanderung über Fedderwarden nach Accum. Dortselbst Besichtigung der Kirche. Abmarsch 2 Uhr Baracke.

Jungsozialisten-Gruppe.

Heute abend 8 Uhr im Parteisekretariat: Vortrag (Fortsetzung). — Freitag abend 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Kinderreigen. Sonnabend den 18. d. M., nachmittags 4½ Uhr: Uebung der Kinderreigen in der Baracke an der Bismarckstr.

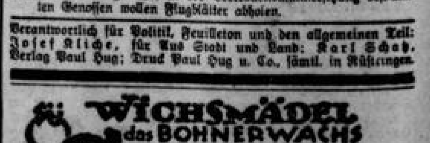
M. St. R. Freitag, den 17. Februar, abends 6.30 Uhr, Fraktionssitzung. Wichtige Tagesordnung.

Distrikt 4. Am Freitag den 17. Februar, abends 8 Uhr, Distriktsversammlung bei Schrön, Ulmenstraße. Tagesordnung: 1. Kommunales. 2. Parteiangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zum Distrikt gehören die Bezirke 11, 12, 13, 14.

Die Gleichheit Nr. 4 ist eingetroffen.

Flugblattverteilung. Die in der Vertrauensmännersitzung bestimmten Genossen wollen Flugblätter abholen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schatz. Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.



Landesbibliothek Oldenburg